Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 125 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Mittwoch, den 1. Juni 1921 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang

Wie sich Herr v. Kahr die Entwaffnung denkt.

München, 31. Mai. In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtages gab Ministerpräsident v. Kahr über die Einwohnerwehrfrage folgende Erklärung ab: Die bayerische Staatsregierung ist in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Ultimatums in der Entwaffnung der Einwohnerwehr das Möglichste zu tun (!), wobei die Termine tunlichst eingehalten werden. **Dagegen hat sie sich nicht entschließen können**, ihre bisherige Auffassung, daß die Einwohnerwehren nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und so unter das Gesetz vom 22. März 1921 fallen, aufzugeben. Die Reichsregierung wurde gebeten, diese Auffassung den alliierten Mächten mitzuteilen und nach Möglichkeit zu vertreten. Diese habe sich dazu bereit erklärt. Je nach der Stellungnahme der Entente wird die Reichsregierung die weitere Entscheidung von sich aus treffen, wobei eine loyale Stellungnahme der Staatsregierung selbstverständlich ist.

*

In der Debatte über die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten äußerte der sozialdemokratische Vertreter im Landtage folgendes:

Abg. Timm (Soz.): Ich bemerke, daß in der Frage der Entwaffnung und der Einwohnerwehren sich der Ministerpräsident und die Koalitionsparteien in vollständiger Aenderung ihrer Politik zu den Anschauungen bekennen, die von der sozialdemokratischen Partei in der Erkenntnis der durch das Machtgebot der Entente geschaffenen Zwangslage und eingedenk der staatlichen Notwendigkeiten vertreten worden sei. Die sozialdemokratische Partei habe an der Durchführung der von der Regierung eingegangenen Entwaffnungsverpflichtungen konsequent mitgearbeitet. Trotz der klaren Sachlage leide aber die heutige Erklärung des Ministerpräsidenten an Widersprüchen und Unvollständigkeiten, weil für die Auflösung der Einwohnerwehren der Reichsregierung die alleinige Verantwortung zugeschoben werde. Seine Partei verlange, daß alle Bestimmungen restlos und entschieden durchgeführt werden.

*

Die Unentwegten.

Blättermeldungen aus München zufolge, bezeichnen die Gau- und Kreishauptleute der bayerischen Einwohnerwehren in einer Entschließung das von der bayerischen Regierung gemachte Angebot als das **äußerste des Möglichen**. Dem Ministerpräsidenten v. Kahr und Forstrat Dr. Escherich wurde erneut das Vertrauen der Führer ausgesprochen.

*

Die bayerische Regierung will einfach nicht. Das ist der einzige Eindruck, den die fortgesetzten gewundenen Erklärungen des Herrn v. Kahr auslösen. Der „Vorwärts" meint zu dieser Kneif-Politik Bayerns, daß die Reichsregierung auf jeden Fall ihre Maßnahmen zu erwägen hat, wenn keine Einigung in der Entwaffnungsfrage zustande kommen sollte. Wir fügen hinzu, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes sich hinter diese Maßnahmen stellen wird. Bayerns Starrsinn wächst sich allmählich zu einer schweren Gefahr für das Deutsche Reich aus.

Unser Parteiorgan in Nürnberg, die „Fränkische Tagespost", schreibt über v. Kahrs Hartnäckigkeit:

„Sollten die Bestrebungen bayerischer Monarchisten tatsächlich zum offenen Widerstand gegen die Entwaffnung führen, so darf jetzt die Regierung einen derartigen Zustand nicht mit Passivität, sondern mit tatkräftigem Handeln beantworten. Noch hat das Reichskabinett durch die einmütige Unterstützung der gesamten deutschen Arbeiterschaft Mittel in der Hand, die angetan sind, auch in Bayern die Vernunft in gewissen Kreisen wiederkehren zu lassen. Welcher Art diese Mittel sind, weiß man in Bayern so gut wie im Reiche."

Die Liste über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen

wurde gestern fristgemäß überreicht. Sie enthält die ostpreußischen Grenzwehren, die bayerischen Einwohnerwehren und die Organisation Escherich.

Zur Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen des Ultimatums

läßt das Reichsfinanzministerium jetzt durch die Reichsbank und Reichspost Gold zum ungefähren Weltmarktpreis ankaufen. Vom Ankauf ausgeschlossen sind Schmucksachen und Gebrauchsgegenstände. Der Preis wird nach dem Weltmarktpreis jede Woche neu festgesetzt. Die Umsatz- (Luxus-) Steuer kommt bei dem Verkauf nicht in Frage.

Das Kabinett ist sich einig.

Wie die Blätter melden, ergab die gestrige Kabinettssitzung volle Einmütigkeit über die Erklärung, die der Reichskanzler heute im Reichstage abgeben wird. Eine Entscheidung über die einzelnen Steuerprojekte und sonstigen Mittel zur Aufbringung der Reparationslasten sei jedoch noch nicht getroffen worden, sondern es sei nur die allgemeine Richtung der Arbeit des Kabinetts auf diesem Gebiet festgelegt worden.

*

Laut Vorwärts hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschlossen, auf den ihr als vierten im Reichskabinett angebotenen Minister ohne Portefeuille zu verzichten. Da Dr. Wirth als Reichskanzler das Reichsfinanzministerium beibehält, ist die Regierungsbildung im Reiche abgeschlossen.

*

Reichskanzler Dr. Wirth hat gestern den Wiederaufbauminister Dr. Rathenau in sein Amt eingeführt. In längerer Aussprache an die Beamten des Ministeriums wies der Reichskanzler auf die besondere Bedeutung hin, die dem Wiederaufbauministerium nach der Annahme des Ultimatums zukomme. Minister Rathenau dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und erklärte, er sehe in den Aufgaben des Wiederaufbauministers nicht nur die des Wiederaufbaues Deutschlands, sondern auch der vollkommen in Zerrüttung geratenen europäischen Wirtschaftsmaschine.

Baldige Aufhebung des Belagerungszustandes.

Einer Zeitungskorrespondenz zufolge, ist der Belagerungszustand über die preußischen Gebietsteile Großhamburgs aufgehoben worden. Die Aufhebung des Belagerungszustandes in Mitteldeutschland und Ostpreußen dürfte in kürzester Zeit bevorstehen.

Auch in Steiermark Anschlußabstimmung.

Graz, 1. Juni. Der steierische Lantag beschloß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, am 3. Juli eine Anschlußabstimmung vorzunehmen. Damit jedoch die Volksbefragung kein falsches Bild vom Anschlußwillen der Bevölkerung ergibt, wollen die Sozialdemokraten an der Abstimmung teilnehmen.

Wien, 1. Juni. Durch die Entscheidung des steirischen Landtages für die Abstimmung über den Anschluß sei, wie in politischen Kreisen verlautet, nach den Vorgängen der letzten Tage und besonders nach den vom Bundeskanzler seinerzeit in Prag abgegebenen Erklärungen die Möglichkeit einer Regierungskrise gegeben. Wie es heißt, soll sich heute ein Kabinettsrat mit der Lage beschäftigen. Gleichzeitig sollen Verhandlungen mit den Parteien stattfinden. Es dürfte sich dann bis zu Beginn der Vollsitzung des Nationalrates am Nachmittag entschieden haben, ob mit einem Rücktritt des Kabinetts Mayr zu rechnen ist.

*

Das endgültige Gesamtergebnis der Volksabstimmung in Salzburg beträgt 104 000 abgegebene Stimmen, davon 103 000 mit „ja", 800 mit „nein"; 200 waren ungültig. Somit übersteigt die Wahlbeteiligung 90 Prozent aller Stimmberechtigten, davon stimmten beinahe 100 Prozent mit „Ja".

Zur Konferenz in Boulogne.

London, 31. Mai. Wie Reuter erfährt, geht der letzte Vorschlag der englischen Regierung dahin, daß die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates in der Mitte nächster Woche in Boulogne stattfindet. Auf der Tagesordnung steht Oberschlesien, möglicherweise auch Prüfung der Sanktionen. Außerdem ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die durch die Regierung von Angora geschaffene Lage besprochen werden wird. Es ist sicher, daß die Vereinigten Staaten und Japan vertreten sein werden.

London, 1. Juni. Reuter zufolge soll Belgien zur Teilnahme an der Boulogner Konferenz des Obersten Rates eingeladen werden, wenn Fragen der Reparation oder der Zwangsmaßnahmen erörtert werden. Wie Reuter außerdem meldet, ist bisher der Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der oberschlesischen Frage zu ernennen, noch nicht formell angenommen worden.

Hübsch im Dunkeln.

Paris, 1. Juni. Die interalliierte Kommission will die alliierten Regierungen ersuchen, über die Verhandlung wegen der Aufteilung Oberschlesiens nichts zu veröffentlichen, um neue Kämpfe zwischen Polen und Deutschen zu vermeiden.

Die Geschäfte der deutschen Friedensdelegation in Paris werden von heute ab von der deutschen Botschaft übernommen.

Die gelbe Sumpfpflanze.

Es gehörte stets zu den übelsten Nachwirkungen nichtgelungener gewerkschaftlicher Aktionen der Arbeiterschaft, wenn Teile derselben ihre oft noch mangelhafte Disziplin fallen ließen, weil sie den tiefen Sinn des großen proletarischen Befreiungskampfes nicht erfaßt hatten und dann wieder zum Werkzeug fortschrittsfeindlicher Strömungen wurden. Langwierige Kämpfe um Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die keine greifbaren Erfolge zeitigten, haben naturgemäß entmutigend auf diejenigen Arbeiter eingewirkt, denen die Solidarität mit ihren Klassengenossen nicht erstes Gebot war oder die das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation nicht kannten. Die sogenannten „wirtschaftsfriedlichen" Verbände", die bloße Unterstützungsvereinigungen darstellten und nichts, aber auch rein garnichts zur Hebung der sozialen Lage des Proletariats beitrugen, kamen nach solchen Steils aus ihrem Hinterhalt und stürzten sich dann auf jene Arbeiter, die flügellahm geworden waren. Das war vor dem Kriege — und ist auch heute noch so. Die vornehmste Aufgabe der freien Gewerkschaften ist es und mußte es deshalb immer sein, Aufklärung über die von lauterer Harmonie und Unternehmerfreundlichkeit strahlenden gelben Verbände zu verbreiten. Heute ist diese Aufklärung mehr denn je vonnöten Und warum?

Wenn nach großen Wirtschaftskämpfen auch manchmal Schlappen eingesteckt werden mußten, so wird in den weitaus meisten Fällen der denkende Arbeiter den freien Gewerkschaften hierfür nicht die Schuld beimessen, vielmehr sie in seinen eigenen Reihen und zwar dort suchen, wo der gewerkschaftliche Gedanke noch nicht Fuß fassen konnte. Dem Kapital stehen eben zur Unterjochung der Arbeiter so gewaltige Mittel zur Verfügung, daß im Kampfe mit ihm das Proletariat nur gewinnen kann, wenn es geschlossene, straff disziplinierte Gewerkschaftsorganisationen zur Seite hat. Die Niederlagen des Proletariats bei gewerkschaftlich geführten Kämpfen hatten also oftmals zur Ursache: mangelnde Solidarität der Streikenden oder Ausgesperrten, zu schwache Organisationen usw. Die Arbeiterschaft lernte stetig daraus und schuf sich nach und nach machtvolle weitausgebreitete Organisationen, die mit allen Mitteln des Koalitionsrechtes bessere Lebensbedingungen für die arbeitenden Massen erstreiten. Die in diesen Monaten tagenden Kongresse der freien Gewerkschaftsverbände legen Zeugnis davon ab, welchen gewaltigen Aufschwung der freigewerkschaftliche Organisationsgedanke genommen hat. Und diese Stärkung der freien Gewerkschaften ist zu verzeichnen trotz des unheilvollen Einflusses bolschewistischer Zerstörungsideen und trotz verzweifelter Anstrengungen harmoniedusseliger Arbeitnehmerverbände allen Grades, die Arbeiterschaft in ihre Fallen zu locken.

Es ist jetzt nicht der Platz, um das schädigende Treiben der Kommunisten gebührend zu zeichnen soviel sei jedoch erwähnt, daß nach allen bisherigen „Aktionen", nach all den unsinnigen Putschen die wirtschaftsfriedlichen Verbände leichter arbeiten konnten. Ein deutlicher Beweis hierfür ist die jetzige umfangreiche Werbetätigkeit eines Verbandes, der zu den widerlichsten Gebilden gehört, die je dem gelben Sumpfboden entsprossen sind: Der Deutsche Arbeiterbund.

Seine Fühler konnte dieser „Auch-Arbeiterbund" nur dort ausstrecken, wo die Kommunisten „vorgearbeitet" hatten, d. h. wo hyperradikale Elemente die Arbeiterschaft zu Kämpfen aufputschten, die ohne klar erkennbare Ziele und meist nur unter allerschärfstem Terror vom Zaume gebrochen wurden. Die letzte mitteldeutsche Verschwörung gehört dazu. Es nimmt deshalb kein Wunder, daß gerade jetzt der „Deutsche Arbeiterbund" in Mitteldeutschland und insbesondere in Halle, die ehemalige Hochburg der Kommunisten, Anker auswirft und hier und da bereits kleine Erfolge zu verzeichnen hat. Eins der Flugblätter, die diese gelbe Pflanze in Massen verteilt, liegt vor uns. Das Geschreibsel, das sich an die gesamte Hallische Arbeiterschaft wendet, ist typisch für die Art des Kampfes, den der „Bund für Arbeiterverdammung" führt. Der „Deutsche Arbeiterbund" weiß, daß sein gefährlichster Feind nicht etwa die kommunistische Organisation ist, sondern die „Freie Gewerkschaft".

Die verbrecherischen Akteure des letzten Putsches werden sogar noch mit folgenden Worten in Schutz genommen:

„Aber nicht die Führer, die Euch in den letzten Tagen dem Endkampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung entgegenführen wollten, sind die Hauptschuldigen, sondern jene gewissenlosen Menschen sind es, die jahrzehntelang Euch nur den Gedanken des Klassenkampfes in Wort und Schrift gepredigt haben, die Euch durch die Aufrichtung des Zukunftsstaates das Glück verheißen haben."

Arbeiter, merkste was? Aus jeder dieser Zeilen geht doch klar hervor, daß Putsche und Aktionen von der Art, wie sie von der KAPD. und KAPD. betrieben werden, nur im Interesse der Unternehmer, also im Interesse der gelben, arbeiterfeindlichen Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210601-19/fragment/page=0001

bündellegen. Nur zu gut weiß der „Deutsche Arbeiterbund" die gewaltige Macht der freien Gewerkschaften für den wirtschaftlichen Befreiungskampf der Arbeiterschaft einzuschätzen. Seine Giftdolche richtet er deshalb ausschließlich gegen diese. Der Klassenkampfgedanke ist jenen Unternehmerinbjekten genau so verhaßt wie das schärfste Mittel der Gewerkschaften, der Streik.

Deshalb redet auch das Flugblatt von einem „friedlichen Ausgleich von Gegensätzen zwischen Arbeiter und Unternehmer". Ueber die „Friedfertigkeit" der letzteren wird ja wohl jetzt auch dem unaufgeklärtesten Arbeiter ein Seifensieder aufgehen, wenn er sieht, wie das Kapital drauf und dran ist, sowohl die sozialen Errungenschaften abzubauen, als auch die wirtschaftliche Lage (Lohnabbau) der Arbeiter zu verschlechtern. Jetzt müssen doch auch dem letzten Arbeiter die Augen darüber geöffnet werden, daß nur eine solche Organisation für die arbeitenden Massen von Wert ist, die energisch und zielbewußt die Angriffe der Unternehmerschaft abzuwehren gedenkt. Wer aber meint, eine Organisation, Blüte von der Art des Deutschen Arbeiterbundes ist hierzu geeignet, gehört zu den unheilbaren Toren, die einfach nicht begreifen lernen, daß die Interessen der Arbeiter niemals die Interessen der Unternehmer und umgekehrt sein können. Wollten sich Arbeiter im Vertrauen auf die Mildtätigkeit und „väterliche Fürsorge" der Herren Kapitalisten derartigen gelben Verbänden anschließen, so wäre das nichts anderes als eine Selbstentmannung, die sich schon nach kurzer Zeit schwer rächen würde. Die einzige Gewerkschaft und wirkliche Kampforganisation ist und bleibt die freie Gewerkschaft. Nur durch die fortgesetzte Stärkung derselben wird die Arbeiterschaft den Ansturm der großen Unternehmerverbände abwehren können. Unser schärfster Kampf gilt deshalb auch den gelben Verbänden, die nichts anderes sind als ein Bollwerk des Kapitals. Wenn sich die Arbeiter in diesen Gefahrenkreis begeben, kommen sie darin um. Fort mit diesen gelben Sumpfpflanzen ist die einzige Losung des denkenden Arbeiters. Diesen Verdummungsverbänden keinen Pfennig und keinen Mann.

Und das sind republikanische Soldaten!

Am vergangenen Sonntag hat auf dem Exerzierplatz Moabit eine Gedächtnisfeier des 4. Garderegiments stattgefunden. Nach den vorliegenden Berichten war es ein einziger großer monarchistisch-militaristischer Klimbim. Zunächst fand ein Festgottesdienst statt, dann hielt der berüchtigte Oberst Reinhardt eine Ansprache, gespickt mit monarchistischen Reminiszenzen, und schließlich formierten sich die ehemaligen Angehörigen des Regiments zum Vorbeimarsch im Stechschritt mit klingendem Spiel vor dem anwesenden Zollernsprossen Eitel-Friedrich. An diesem Vorbeimarsch beteiligten sich auch die Angehörigen der früheren 7. und 8. Kompagnie, die jetzt in das 9. Infanterie-Regiment der Reichswehr als sogenannte „Traditionskompagnie" eingereiht sind.

Offenbar sollte durch diese Parade dem Prinzen Eitel-Schieberich zu Gemüte geführt werden, daß er es jetzt nicht mehr nötig habe, Geld ins Ausland zu verschieben. Dem Ausland aber, das Deutschland nicht freundlich gesinnt ist, wird diese Parade willkommeneren Agitationsstoff gegen Deutschland liefern, als ihm die ganze Hohenzollernmilliarde wert wäre, wenn sie ins Ausland käme.

Wir würden noch Herrn Geßler fragen, was er zu dieser Hohenzollernparade seiner Reichswehr meint, wenn wir nicht wüßten, daß er auf solche Fragen grundsätzlich keine Antwort gibt.

Der dritte Prozeß in Leipzig.

Zuerst kommen die kleinen Kriegsverbrecher dran — und wann die großen?

Gestern vormittag hat der dritte Kriegsbeschuldigtenprozeß unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt begonnen. Zu verantworten hat sich der Arbeiter Robert Neumann aus Güstrow wegen Mißhandlung und Beleidigung englischer Gefangener im Lager Pommerensdorf (Pommern). Neben den englischen offiziellen Persönlichkeiten wohnen im Auftrage der französischen Regierung zwei französische Advokaten und ein französischer Dolmetscher der Verhandlung bei.

Stimmen zur Ernennung Rathenaus.

Der „Vorwärts" schreibt:

„Rathenau soll die Regierung weder mit einer neuen Sozialtheorie versehen, noch ihre politische Führung übernehmen, sondern er soll als Wiederaufbauminister die mit dem Wiederaufbau verbundenen gewaltigen wirtschaftlichen Transaktionen leiten. Er soll dafür sorgen, daß die notwendige Wiederaufbauarbeit so rationell wie möglich gestaltet und daß dem Reich für seine Leistungen auf das Wiedergutmachungskonto kaufmännisch anständige Preise gebucht werden. Auf diesem Gebiet ist er zweifellos ein „Fachminister", und es wirkt einigermaßen komisch, daß es jetzt denjenigen, die sonst so laut nach Fachministern schreien, auch wieder nicht recht gemacht worden ist."

*

Das Präsidium des Hansabundes läßt folgende Erklärung los:

„Der Hansa-Bund wird mit gespannter Aufmerksamkeit dem Wirken Walther Rathenaus als Wiederaufbauminister folgen, jeden Versuch, den von Rathenaus s. Z. zusammen mit Wissel und Möllendorf propagierten Planwirtschaftsgedanken in die Tat umzusetzen, auf das entschiedenste bekämpfen, sowie alle Gegner einer derartigen Rathenauschen Wirtschaftspolitik um sich zu sammeln suchen. Wenn daher der Hansa-Bund die Ernennung Rathenaus zum Wiederaufbauminister schon von vornherein nur mit den größten Bedenken betrachten kann, so muß der Bund seine jetzige mitarbeitende Tätigkeit beim Wiederaufbau in eine Oppositionsstellung ändern, sobald Rathenau seine früheren planwirtschaftlichen Pläne zur praktischen Durchführung zu bringen sucht."

Daß die nationalistische Presse sich weidlich an den Juden Rathenau stößt, wird niemand wundern.

Deutscher Reichstag.

Kleiner Auftakt.

Die unbedeutende Eröffnungssitzung, mit welcher der Reichstag am Dienstag seine Sommertagung einleitete, ließ von der Stellung der Parteien zu der neuen Regierung noch keine greifbaren Anzeichen bemerkbar werden. Klar wurde nur eins, was man freilich auch vorher schon gewußt hat: daß die Kommunisten auch jetzt ihre Verschleppungs- und Obstruktionstaktik fortzusetzen gedenken. Das Interessanteste an der mageren Tagesordnung war die Antwort der Regierung auf die deutschnationale Anfrage über den Fall Müller-Brandenburg. Ein endgültiges Urteil über diese dunkle Angelegenheit wird sich wohl erst nach Abschluß der Untersuchung feststellen lassen. Die Erklärung der Reichsregierung, die, wie man befürchtete, noch weiter hinausgeschoben werden sollte, wird nun doch schon morgen erfolgen. Bis dahin muß also die bayerische Angelegenheit und die Besetzung des Finanzministeriums erledigt sein. Nach dem kommunistischen Auftakt von heute wird man sich auf eine stürmische Sitzung gefaßt machen müssen.

*

108. Sitzung. Dienstag, den 31. Mai 3 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt das Haus das Andenken der verstorbenen Abg. Tuch (D. Vp.) und Dr. Wiebe (Dn.). Weiter erklärt Präsident Löbe: Lebhafte Empörung hervorrufen muß die Mitteilung, daß die polnischen Insurgenten den Abg. Dr. Hartmann (Dn.) gefangen genommen und an einen unbekannten Ort verschleppt haben. (Lebhafte Pfuirufe.) Ich habe mich sofort mit dem Auswärtigen Amt verständigt, damit die interalliierte Kommission auf diesen Gewaltstreich hingewiesen wird und damit sofort Anstalten getroffen werden, um den Abg. Hartmann zu befreien. Ich nehme an, daß die Regierung uns möglichst bald mitteilen wird, welche Schritte unternommen worden sind.

Der Präsident spricht dann dem Abg. Dr. Spahn (Zentr.) zu seinem 75. Geburtstage die Glückwünsche des Reichstages aus. Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Remmele (Kom.) wegen Beleidigung geht an den Geschäftsordnungsausschuß.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Höllein (Kom.), die kommunistischen Anträge auf Beseitigung der Sondergerichte sofort auf die Tagesordnung zu setzen. In Mitteldeutschland herrschen unglaubliche Zustände, auch in Bayern herrscht der weiße Schrecken. Wir wollen die „Kultur" Oegesch-Bayerns von allen Seiten beleuchten. Mit Wissen und Unterstützung der Kahr-Regierung, der jedes Verbrechen zuzutrauen ist, tagt dort eine internationale Verschwörerklique russischer Monarchisten, während bayerische und reichsdeutsche Kommunisten schikaniert und gepeinigt werden. (Ordnungsruf des Präsidenten.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir haben nichts dagegen, die Anträge in den allernächsten Tagen zu beraten; da aber morgen die Regierung eine programmatische Erklärung abgeben soll, können die Kommunisten bei der Gelegenheit ihre Ausführungen vorbringen. Heute, wo die Regierung nicht anwesend ist, wäre eine Beratung zwecklos.

Da Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) gegen die Beratung dieser Anträge Einspruch erhebt, ist der Antrag Höllein erledigt.

Ein Antrag Malzahn (Kom.), Anträge über die Erwerbslosenfürsorge auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt, da der Volkswirtschaftliche Ausschuß noch nicht endgültig zu den Anträgen Stellung genommen hat.

Abg. Graef-Thür. (Dn.) fordert Aufklärung über

die Angelegenheit des Majors Müller-Brandenburg

von der Thüringischen Staatspolizei.

Reichskommissar Künzer: Es ist richtig, daß der Polizeimajor Müller-Brandenburg im Zusammenhang mit einer über die Zustände in der Thüringischen Landespolizei eingeleiteten Untersuchung bis auf weiteres beurlaubt worden ist, und daß gegen ihn von der Thüringischen Staatsregierung eine Voruntersuchung geführt wird. Die Ausschaltung seiner Amtstätigkeit ist auf Grund folgender Vorgänge von der thüringischen Landesregierung verfügt worden: Im Februar 1921 war eine Anzeige im Reichsministerium des Innern eingegangen, in der schwere Anschuldigungen über die Zustände in der thüringischen Landespolizei erhoben wurden. Das thüringische Ministerium wurde durch Schreiben vom 23. Februar 1921 um Stellungnahme ersucht. Nach den mündlich erfolgten Mitteilungen haben tatsächlich Angehörige der Polizei den Sowjetstern an der Uniform getragen. Ein vor kurzem zum Leutnant beförderter Beamter, der sich selbst als Angehöriger der Dritten Internationale bezeichnet haben soll, ist entlassen worden. Am 9. April 1921 ging beim Reichsministerium des Innern abermals eine schriftliche mit Einzelheiten belegte und mündlich erläuterte Anzeige gegen die Thüringische Landespolizei ein. Der Anzeigende ist Beamter der Schutzpolizei und erklärt, Angehöriger der S. P. D. zu sein. Es wurde insbesondere behauptet, daß Beamte, die der U. S. P. D. oder V. K. P. D angehörten, in ganz besonderer Weise, namentlich bei der Beförderung bevorzugt würden. Einzelne Angehörige der Polizei wurden hochverräterischer Umtriebe beschuldigt. Zur Prüfung dieser Vorwürfe wurde eine Kommission nach Weimar gesandt, welche in vollem Einvernehmen mit der Thüringischen Landesregierung und unter Teilnahme eines Vertreters derselben eine Reihe von Angehörigen der Thüringischen Landespolizei vornahm. Das Ergebnis dieser Vernehmungen hat dazu geführt, daß die Thüringische Landesregierung vor mehr als drei Wochen selbst eine eingehende Untersuchung eingeleitet hat, bei der das Reichsministerium des Innern durch einen Vertreter beteiligt ist. Vor Abschluß dieser Untersuchung ist die Reichsregierung nicht in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen. Was die Beschuldigung gegen Personen wegen hochverräterischer Umtriebe anbelangt, ist das Material der zuständigen Justizbehörde zugeleitet worden. Entsprechend dem Wunsche der Thüringischen Staatsregierung wird ferner mitgeteilt, daß die Thüringische Staatsregierung folgende Erklärung hierher abgegeben hat: „Mitglieder der Thüringischen Staatsregierung haben mit der Angelegenheit nichts zu tun, und die Handlungen, die den Gegenstand der Beschuldigungen bilden, sind ohne Kenntnis der Thüringischen Staatsregierung, insbesondere des Thüringischen Ministeriums des Innern, dem die Landespolizei übersteht, vorgenommen worden.

Auf die Anfrage Dr. Moldenhauer (D. Vp.) über Ausschreitungen französischer Soldaten in Köln-Mühlheim teilt die Regierung mit, daß tatsächlich eine französische Abteilung in die Menge hineingeschossen hat und daß Passanten auch mit dem Bajonett angegriffen wurden. Deutsche und englische Polizei schritt ein, aber erst durch das Eingreifen französischer Offiziere konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(50. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Nun," sagte der Mann endlich, „was wollen Sie eigentlich?"

„Ich will einen Haftbefehl gegen Jeff Cotton."

Jim Anderson sah ihn forschend an: „Hier können Sie ihn nicht bekommen."

„Weshalb nicht?"

„Weil Cotton Vertreter des Sheriffs ist und zu Ihrer Verhaftung berechtigt war."

„Berechtigt, mich ohne Haftbefehl festzunehmen?"

„Woher wissen Sie, daß er keinen Haftbefehl hatte?"

„Weil er es selbst zugab."

„Es war seine Pflicht, im Revier Ordnung zu schaffen, ob er nun einen Haftbefehl hatte oder nicht."

„Wollen Sie damit sagen, daß er in der Grube ganz nach Willkür handeln darf?"

„Ich will sagen, daß ich kein Recht zur Einmischung habe. Weshalb haben Sie sich nicht im Nord-Tal an Ed Adams gewandt?"

„Ich hatte keine Gelegenheit, ihn zu sehen."

„Nun," erwiderte der andere, „da kann ich Ihnen nicht helfen: das müssen Sie doch selbst einsehen. Wie sollte im Kohlenrevier die Disziplin aufrechterhalten werden, wenn jeder hinausgeworfene Kerl herkommen und einen Haftbefehl gegen den Berghauptmann erhalten könnte?"

„Also darf ein Berghauptmann ohne jegliche Rücksicht auf das Gesetz vorgehen?"

„Das habe ich nicht gesagt."

„Wenn er zum Beispiel einen Mord begangen hätte, würden Sie dann einen Haftbefehl ausstellen?"

„Selbstverständlich, wenn es sich tatsächlich um Mord handelt."

„Und wenn Sie wüßten, daß er im Begriffe ist, einen Mord in der Grube zu begehen, würden Sie versuchen, ihn davon abzuhalten?"

„Natürlich."

„Hier ist eine weitere beeidigte Aussage," und Hal wies jene vor, die vom Verschließen des Schachtes handelte. Tiefes Schweigen herrschte, während der Friedensrichter sie durchlas.

Doch schüttelte er abermals den Kopf. „Nein, hier können Sie keinen derartigen Haftbefehl erhalten."

„Weshalb nicht?"

„Weil ich mit der Leitung der Kohlengrube nichts zu tun habe. Ich verstehe mich nicht darauf und würde mich bloß lächerlich machen, wollte ich den Leuten Vorschriften erteilen, wie sie ihr Geschäft zu betreiben haben."

Hal begann, auf den Mann einzureden. Durften denn die Beamten des Bergwerks ihren Arbeitern jedes erdenkliche Unrecht zufügen und dies „Betreibung des Geschäftes" nennen? Ihre Gewalt bedeutete in diesem Augenblick Leben und Tod für hunderttausend Männer und Knaben; war es denn möglich, daß hierbei das Gesetz kein Wort zu sagen habe? Doch Herr Anderson schüttelte bloß den Kopf, die Sache gehe ihn nichts an; Hal möge sich an Richter Denton wenden. So nahm Hal seine Aussagen wieder an sich und ging; auf der Straße erwarteten ihn bereits drei Subjekte, die ihn auf seinen weiteren Wanderungen geleiteten.

*

Der Distrikts-Gerichtshof hatte eben Sitzung. Hal verweilte eine Zeitlang im Gerichtssaal, Richter Denton betrachtend. Auch dieser war ein wohlgenährter, wohlhabend aussehender Herr; über dem schwarzen Talar leuchtete rosig ein rundes Gesicht. Der junge Bergmann betrachtete Gesicht und Talar mit einem gewissen Mißtrauen; Hal begann allmählich zynisch zu werden und das Vertrauen in seine Mitmenschen zu verlieren. Der Anblick des Richters brachte ihn auf den Gedanken, daß man auf der Richterbank gar wohl ein gutes Einkommen erwerben könne, wenn der Kompagnon als Beirat der Gesellschaft auftrete.

In einer Pause wandte sich Hal an einen der Angestellten, der ihm sagte, er könne den Richter um 4 Uhr 30 sprechen; einige Minuten später erschien Pete Hanum und flüsterte dem Angestellten etwas zu; dieser warf einen Blick auf Hal und flüsterte dann ebenfalls mit dem Richter. Als um 4 Uhr 30 die Sitzung aufgehoben wurde, verschwand der Richter in sein Privatbüro, Hal wurde mitgeteilt, Richter Denton habe keine Zeit, ihn zu empfangen.

Doch war Hal nicht willens, derart mit sich umspringen zu lassen. Der Gerichtssaal führte durch eine Seitentür auf einen Gang, und während Hal mit dem Angestellten unterhandelte, sah er des Richters Gesicht vorbeihuschen.

Hal eilte ihm nach, er schrie nicht, störte nicht die Ruhe; als er sein Opfer erreichte, sagte er ganz ruhig: „Richter Denton, ich bitte um Gerechtigkeit!"

Der Richter wandte ihm ein ärgerliches Gesicht zu: „Was wollen Sie?"

Es war ein gefährlicher Augenblick, Pete Hanum war auf Hals Fersen, ein Zeichen des Richters hätte genügt, ihn auf Hal loszulassen. Doch war der Richter derart verblüfft, daß er sich mit dem jungen Bergmann in ein Gespräch einließ. Der Detektiv zögerte einen Moment und trat schließlich ein paar Schritte zurück.

Hal wiederholte seine Bitte: „Euer Gnaden, oben im Nord-Tal sterben hunderttausend Männer und Knaben, sie werden gemordet, und ich will sie retten."

„Junger Mann," sagte der Richter, „ich muß zu einer dringenden Besprechung."

„Gut," entgegnete Hal, „ich begleite Sie und werde Ihnen im Gehen alles mitteilen." Er ließ Seiner Gnaden keine Möglichkeit aussprechen, ob ihm dies zusage oder nicht, schritt an seiner Seite dahin; Pete Hanum und die beiden anderen folgten in gewisser Entfernung.

Hal erzählte dem Richter das gleiche, das er Herrn Richard Parker erzählt, und erhielt die gleiche Antwort. Derlei Dinge seien schwer zu beurteilen, gingen den Richter nichts an. Ein Staatsbeamter befinde sich im Nord-Tal, dieser habe zu beurteilen, ob gegen das Gesetz vergangen wurde.

Hal wiederholte seine Aussage, daß ein Mann, der sich an diesen Staatsbeamten gewandt hatte, hinausgeworfen worden war. „Auch ich wurde hinausgeworfen, Euer Gnaden."

„Weshalb?"

„Das wurde mir nicht mitgeteilt."

„Unsinn, junger Mann. Man wirft niemand hinaus ohne ihm den Grund mitzuteilen."

„Doch, Euer Gnaden, man tut es wirklich. Vorher hatten sie mich ins Gefängnis geworfen, sechsunddreißig Stunden ohne jegliche Berechtigung in Haft gehalten."

„Sie haben sich bestimmt etwas zuschulden kommen lassen."

„Ich war von einem Bergmann-Komitee zum Wagekontrolleur gewählt worden."

„Zum Wagekontrolleur?"

„Ja, Euer Gnaden. Ich habe gehört, das Gesetz fordere die Anstellung eines Wagekontrolleurs, wenn die Arbeiter dies verlangen und seinen Lohn bezahlen, dann sei die Gesellschaft verpflichtet, ihn das Wiegen kontrollieren zu lassen. Stimmt das?"

„Ich glaube ja." (Fortsetzung folgt.)

Man färbe daheim nur mit echten Brauns'schen Stoffarben und fordere die lehrreiche Gratisbroschüre No. Z von Wilhelm Brauns, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Quedlinburg. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192106 01-19/fragment/page=0002

Die Einstellung des Betriebes auf der Zeche Maximilian bei Hamm, über die Abg. Janschek (Soz.) Auskunft verlangt, ist der Regierung bekannt, und sie hat sofort die Anwendung der Verordnung vom 8. November 1920 beantragt. Die Bestimmungen dieser Verordnung sind eingehalten worden.

Abg. Frau Schreiber-Kriger (Soz.) verlangt Auskunft über die Begünstigung der „Mitropa", deren Leitung bei ihrer Gründung ein vom preußischen Eisenbahnministerium beurlaubter Ministerialdirektor übernahm. Die Regierung erwidert, daß die „Mitropa" 1916 gegründet wurde, um den überragenden Einfluß der Brüsseler internationalen Schlafwagengesellschaft zu brechen. Deutschland als positives Hilfsmittel zur Abwehr der Auslandskonkurrenz zu dienen. Aus den Erträgnissen des Unternehmens erhält die Reichskasse eine Vorabgabe von 2 Proz. und eine Gewinnbeteiligung.

Abg. Hemeter (Dn.) beschwert sich über das Verbot der halleschen Zeitung. Die Regierung erwidert, daß Oberpräsident Hörsing mit dem Verbot im staatlichen Interesse zu handeln glaubte, daß aber nach einem Beschluß des zuständigen Ausschusses des Reichsrates das Verbot als vollkommen unbegründet (!) zu betrachten ist und daher die Aufhebung veranlaßt wurde.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Moses (U. S.) wird erwidert, daß die Heilstätte Beelitz aufrechterhalten werden soll.

Das

Gesetz über den Volksentscheid

wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Wirkl. Legationsrat Maltzahn gibt Auskunft über die Verschleppung des Abg. Hartmann.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch nachm. 4 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Schluß 4 Uhr.

Preußischer Landtag.

Die Finanznotlage der Gemeinden.

Der Preußische Landtag nahm gestern nach den gegen den Willen der Sozialisten etwas lang gewordenen Pfingstferien seine Beratungen wieder auf. Es wurden verschiedene Kleine Anfragen zunächst behandelt, unter denen eine besonderer Erwägung wert ist, die sich mit den sogenannten Kappsündern befaßte. Die Deutschnationalen verlangten, daß die dem Kapprektor Noth in Berlin-Lankwitz widerfahrene „Unbill" wieder gutgemacht werde. Der Aermste, der während des Kapputsches seine Schule in ein Waffendepot verwandelt hatte, war — eine entsetzliche „Unbill"! — nach Potsdam versetzt worden. Die Klage der Deutschnationalen war beweglich, allein — es ist ein kleines Wunder nach dem Kurs, den Stegerwald zu steuern anfing — die Regierung blieb unbeweglich und verschloß ihre Ohren den Bitten der Deutschnationalen. — Die weitere Sitzung wurde vollständig mit der Debatte über die Finanznotlage der Gemeinden ausgefüllt. **Unsere Genossen hatten eine Große Anfrage** über die notwendige Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes gestellt. Gen. Müller-Hameln begründete die Anfrage und zeigte besonders an Beispielen aus der Provinz Hannover, wie die Gemeinden durch das schonende Vorgehen der Finanzämter gegen die Kreise der Großagrarier und die Industriellen in ihrer Finanzkalamität festgehalten werden. Der Regierungsvertreter macht in seiner Antwort der Rechten bemerkenswerte Konzessionen und fand bei ihr großen Beifall. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Abgg. Altegoer (Ztr.), Wallraf (Dn.) und v. Eynern (D. Vp.). Sie wandten sich insbesondere gegen eine Erhöhung der Realsteuern. Der Kommunist Katz rieb sich an dem Gen. Leinert und erwartete wieder einmal alles Heil auch für die Gemeinden vom großen Kladderadatsch und der darauf folgenden Räterepublik. Ihm trat äußerst wirksam Gen. Brecour entgegen, der den blühenden politischen Unsinn, die vielen Widersprüche mit Humor und Ironie behandelte. Heute geht die Aussprache weiter.

*

31. Mai 1921. 22. Sitzung.

Nach Erledigung der „kleinen Anfragen" folgt die große Anfrage der Sozialdemokraten über eine baldmöglichste

Abänderung des Kommunal-Abgabengesetzes

und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes.

Abg. Müller-Hameln (Soz.): Sehen wir uns unser Steuerwesen, vor allem aber unser Kommunalabgabengesetz an, dann sieht man, wie sich alte Mißstände wie eine alte Krankheit forterben. Den Gemeinden hat die Reichseinkommensteuer das finanzielle Rückgrat genommen. Es ist nötig, daß die Gemeinden vor allem neue Steuerquellen flüssig machen, vor allem darf das Gemeindevermögen nicht bloß, wie das vielfach der Fall ist, eine Quelle des Gewinns für Privatinteressen sein. Eine gründliche Reform ist nötig; mit Verlegenheitssteuern, wie Klaviersteuern und Bettsteuern (Lachen) kann nicht geholfen werden. Die Besteuerung muß auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Wir richten an die Regierung die Frage, ob sie zu einer schleunigen Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgaben- und des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes bereit ist. — Der Redner bespricht dann, gestützt auf reiches Material, das ihm seine Beobachtungen in der Provinz Hannover lieferten, die krassen Steuerungerechtigkeiten, die durch das vielfach geradezu unglaubliche Verhalten der Finanzämter herbeigeführt werden. Das Verhalten der Finanzämter läuft in vielen Fällen auf eine Sabotage der Einkommensteuer hinaus. In der Abschätzung der Reinerträge in der Landwirtschaft wird überaus schonend vorgegangen und die Handhaben der Steuergesetze werden so eigenartig angewandt, daß man zu der Feststellung kommt: je größer der Grundbesitz, desto weniger Steuern! Wir richten deshalb an die Staatsregierung die Frage, ob sie bereit ist, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß sofort Schritte gegen die Sabotierung des Einkommensteuergesetzes getan werden. (Beifall b. d. Soz.)

Es folgt nun gleich im Anschluß die Beratung des Antrags der Abgeordneten Altegoer und Genossen (Ztr.) über die Realsteuern und ihre Erhebung durch die Gemeinden.

Abg. Altegoer (Ztr.): Wir beantragen, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände das ausschließliche Recht der Erhebung von Realsteuern (Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuern) behalten. Wir verlangen, daß eine einseitige Heranziehung der Erwerbsstände durch die Gemeinden vermieden wird. Die Zuschläge zu den Realsteuern dürfen den Mittelstand nicht noch mehr gefährden. Manchmal sieht es so aus, als ob das Gewerbe erdrosselt werden solle.

Ein Vertreter des Ministeriums des Innern: Die finanzielle Notlage, die Beschlagnahme der wichtigen Steuerquellen durch das Reich und das Aufhören der Steuerzuschläge zwingen die Gemeinden zu ungerechten Steuern. Sie müssen dabei auch aus kleinen Quellen schöpfen. Eine Verschärfung der Realsteuern ist unmöglich. (Beifall rechts.) Der städtische Haus- und Grundbesitz kann sie unter der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen so gut wie gar nicht abwälzen. Durch eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes usw. lassen sich die Finanzen der Gemeinden, der Kreise und der Provinzen schwerlich ordnen. Hier stehen wir erst in den allerersten Anfängen einer Finanzreform. Auch die Erschließung neuer Steuerquellen wird es kaum verhindern können, daß die Gemeinden die Durchführung der Aufgaben, die bisher ihr Stolz gewesen sind, wesentlich einschränken müssen. (Hört! Hört! links.) Ohne eine genaue Abgrenzung des Finanz- und Steuerrechtes zwischen Reich, Staat und Gemeinden läßt sich keine gerechte und systematische Verteilung der Finanzquellen durchführen. (Beifall.) Zurzeit ist ein abschließendes Programm nicht möglich. Für die Uebergangszeit wird die Regierung eine Novelle zum Kommunal-Abgabengesetz vorlegen. Dabei werden zum Teil wieder die Gedanken aufgenommen, die bereits in der Novelle zum Kommunal-Abgabengesetz verarbeitet waren, die der früheren Landesversammlung vorgelegen hat; z. T. bringt die Novelle für die Gemeinden Erleichterungsbestimmungen für die Durchführung ihrer Verwaltungsaufgaben. Auch die Gewerbesteuer verträgt keine neue Steigerung mehr.

Das Haus tritt in die Besprechung.

Abg. Wallraf (Dn.) beantragt Ueberweisung der Großen Anfrage an den auf 29 Mitglieder verstärkten Gemeindeausschuß.

Abg. v. Eynern (D. Vp.): Das Kommunalabgabengesetz ist veraltet. Die Umwandlung des Interessentenvermögens in Gemeindevermögen bei einer Reform ist abzulehnen. (Widerspruch links.)

Abg. Katz (Kom.): Die Mittel der Gesundung können nur im Zusammenhang mit dem ganzen Wirtschaftsleben gefunden werden. Schuld an der Zerrüttung der Gemeindefinanzen trägt das Reich. Nicht allein der Krieg, sondern auch das ganze kapitalistische System muß zu einer solchen Anarchie führen. Das Reich, das sich die ertragreichsten Steuern gesichert hat, weigert sich sogar, den Gemeinden die Auslagen zurückzuerstatten. Die Realsteuern sind sehr schnell zu Mietssteuern entartet. Diese Steuerpolitik bürdet dem Proletarier alle Lasten auf. Man hat jetzt sogar eine Milchsteuer in Aussicht genommen. Während man auf der einen Seite für die Erwerbslosenfürsorge nur geringe Mittel zur Verfügung stellt, wirft man andererseits für die Einwohnerwehren und für die Sipo das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus.

Abg. Brecour (Soz.): Dem Abg. Altegoer gegenüber möchte ich bemerken, daß er vergißt, wie sehr die Kreise des Gewerbes und der Landwirtschaft in der Lage sind, bei der Einkommensteuer sich zu schonen. Die Hauptlast wird von den Arbeitern und Angestellten getragen. Wenn hier von dem Abg. v. Eynern von Popularitätshascherei gesprochen wurde, dann möchte ich betonen, daß doch gerade die Rechtsparteien es hier im Hause und auch bei den Ausschußberatungen an Popularitätshascherei wirklich nicht fehlen lassen. Ich erinnere nur an die Beratungen über das Beamtenbesoldungsgesetz, in welchem von den Rechtsparteien immer neue hochgeschraubte Forderungen gestellt wurden. Nun ein Wort zu Herrn Katz! Herr Katz hat sich die Sache leicht gemacht. Er macht es, wie es die Kommunisten immer und überall tun, sie stellen unerfüllbare Forderungen, um die Frage, woher die Mittel genommen werden sollen, kümmern sie sich nicht oder jedenfalls recht wenig. Die Mittel werden auch nicht durch die Methoden der Kommunisten, die doch nur den allgemeinen Zusammenbruch beschleunigen wollen, herbeigeschafft. Herr Katz macht sich lächerlich, wenn er sich hierherstellt und laut tönend erklärt: alle Parteien, die das Ultimatum unterzeichnet haben, dürften sich nicht beschweren über die neuen Schwierigkeiten und Finanzkalamitäten, die durch das Ultimatum unvermeidbar geworden seien. Was will Herr Katz eigentlich? Will er, daß die Gemeinden mit ihren Steuerorganen warten, bis die Räterepublik eingeführt ist? — Herr Katz entrüstet sich hier über die Sipo und warf unbekümmert Sipo, Orgesch, Ortsschutz und was es sonst noch alles gibt, in einen Topf zusammen. Das ist ein Unsinn. Wir wollen aber hier vornehmlich gegen diese Verunglimpfung der Sipo protestieren. Herr Katz erlaubte sich allerlei logische Purzelbäume. Bald erklärt er, es sei so sicher wie zwei mal zwei vier sei, daß Deutschland zusammenbreche, und dann stellt er Reformanträge! Bald erklärt er das Parlament für ein Heerlager der Feinde, von dem nichts zu erwarten sei, und dann tobt er gegen dieses Parlament, wenn die absichtlich maßlos gestellten Forderungen sicher Anklang finden. Noch einmal: die Gemeinden können nicht warten, bis das Allheilmittel des Herrn Katz, das große Wunder der Räterepublik eingetreten ist. (Beifall b. d. Soz.)

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte über den kommunistischen Antrag, den Bericht über die Vorgänge in Mitteldeutschland auf die Tagesordnung zu stellen, der gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt wurde, vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

*

Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Preußischen Landtages

beendete gestern die erste Lesung der neuen Geschäftsordnung. Es wurde eine Reihe bemerkenswerter Beschlüsse gefaßt. Neu eingefügt wurden die Bestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten, die denjenigen über die Wahl des Landtagspräsidenten analog gestaltet sind. Für beide Fälle soll in Zukunft die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln erfolgen. Die Zahl der ständigen Ausschüsse wurde vermehrt durch endgültige Aufnahme eines Ausschusses zur Wahrnehmung der Verkehrsinteressen und eines ständigen Beamtenausschusses. Einem Antrag, einen solchen ständigen Ausschuß auch für sozialpolitische Angelegenheiten einzusetzen, wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht zugestimmt, weil mit Rücksicht auf die bereits bestehenden Ausschüsse die Abgrenzung der Zuständigkeit schwer zu treffen sei. Aus demselben Gesichtspunkt wurde ein ständiger Ausschuß für das Verkehrswesen abgelehnt. Der Ausschuß war ferner der Ansicht, daß dem Präsidenten größere Machtmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Ordnung und Ruhe im Hause besser aufrecht erhalten zu können. Die Fraktionen sollen dazu noch Stellung nehmen. Es wurde der Vorschlag gemacht, sich mit Diätenentziehung für solche Abgeordnete zu helfen, die wiederholt trotz Warnungen und sonstiger Maßnahmen des Präsidenten die Ordnung des Hauses stören.

Die zweite Beratung über die Geschäftsordnung wird am Donnerstag beginnen.

Rückzug der Polen!

Nach Blättermeldungen aus Oppeln beginnen die Polen sich im Kreise Groß-Strehlitz zurückzuziehen. Sie zerstören planmäßig das geräumte Gebiet. Der Rest des von ihnen angezündeten Schlosses Stubendorf und die zum Gute gehörige Brennerei sowie die Kalkwerke in Groß-Stein wurden von ihnen gesprengt. Der Koseler Oderhafen ist nach zuverlässigen Nachrichten vollständig unterminiert und soll bei einem weiteren Rückzug der Polen gesprengt werden.

*

Gleiwitz, 1. Juni. (L. A.) In Peiskretscham explodierte die Lokomotive eines polnischen Panzerzuges, die von einem Warschauer Lokomotivführer bedient wurde, der scheinbar mit dem Mechanismus nicht vertraut war. Der Lokomotivführer wurde schwer verbrannt.

*

Berlin, 1. Juni. Der Kommandant des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien wurde von einer interalliierten Deputation aus Oppeln aufgefordert, den Selbstschutz aufzulösen und zu entwaffnen. Ferner schlug sie die Einrichtung einer durch Engländer zu besetzenden neutralen Zone vor. Die Vertretung der oberschlesischen Parteien und Gewerkschaften lehnte das Ansinnen ab, ebenso das Projekt der Dreiteilung Oberschlesiens.

Mit vollen Segeln in den Kapitalismus.

Reval, 31. Mai. Lenin beabsichtigt laut Nachrichten aus Sowjetrußland eine Reihe von Dekreten über die Zurückgabe der Fabriken und Unternhmungen mit weniger als 300 Arbeitern an ihre Besitzer zu erlassen. Die Einnahmen sollen durch den Staat kontrolliert werden. Ferner wird beabsichtigt, alle örtlichen Verwaltungsbehörden dem Volkskommissariat des Innern und alle Tschrewytschaikas (außerordentliche Kommissionen) dem obersten Tribunal zu unterstellen.

Rumänien und die Bolschewisten.

Reval, 31. Mai. Die Volkskommissare für auswärtige Angelegenheiten Sowjetrußlands und der Ukraine haben bei der rumänischen Regierung gegen die Fortsetzung feindlicher Handlungen rumänischer Truppen in Beßarabien gegen russische und ukrainische Truppen protestiert. Am 11. Mai hat bei Mohilew-Podolsk rumänische Artillerie über den Dnjestr auf russische und ukrainische Truppen gefeuert.

Eine britisch-türkische Verwicklung?

London, 31. Mai. Hier ist eine Bestätigung der Nachricht eingetroffen, daß die Regierung von Angora einen Inder britischer Staatsangehörigkeit wegen Spionage hat hinrichten lassen. Ferner hat die Regierung von Angora, die nicht nur ihre Verpflichtungen betreffs der Freilassung der britischen Kriegsgefangenen ablehnt, sich auch geweigert, den britischen Schiffen zu gestatten, die Häfen von Anatolien zu benutzen. Reuter veröffentlicht eine Mitteilung, die besagt, die britische Regierung beabsichtigte energische Maßnahmen zu ergreifen, da sie eine solche Verletzung des in London von den Delegierten von Angora unterzeichneten Abkommens nicht dulden wolle.

Notizen.

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Der Reichstagsausschuß für das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz nahm am Montag § 2 in der Fassung der Regierungsvorlage an. Der § 2 bringt zum Ausdruck, daß künftig die Jugendwohlfahrtsbehörden (Jugendamt, Landesjugendamt, Reichsjugendamt) Organe der öffentlichen Jugendhilfe sind. Die Abstimmung über die §§ 3 und 4 wurde nach längerer Debatte ausgesetzt und die Vertagung beschlossen.

Ein Reichstagsabgeordneter verschleppt. Der deutschnationale Abgeordnete Hartmann, leitender Arzt des Knappschaftslazaretts Königshütte, ist von den Polen gefangenengenommen und nach unbekanntem Orte verschleppt worden. Es handelt sich um einen 65 Jahre alten Herrn. Der Reichspräsident hat, wie wir hören, bereits über das Auswärtige Amt Schritte getroffen, um die Interalliierte Kommission zur Ermittlung und Befreiung des Abgeordneten zu veranlassen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der Niederschlesische Bergarbeiterstreik.

Breslau, 1. Juni. (W. B.) Im Waldenburger Bezirk sind außer den freien Gewerkschaften auch die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in den Streik getreten. In verschiedenen mitteldeutschen Städten steht die Einstellung der Gasversorgung bevor, da die Oefen infolge Kohlenmangels niedergebrannt sind. Eine zum Reichsarbeitsministerium entsandte Abordnung der Bergarbeiter ist ohne Ergebnis zurückgekehrt.

Aerztestreik in Wien.

Wien, 1. Juni. Gestern mittag 12 Uhr trat die Aerzteschaft ganz Oesterreichs in einem fünfstündigen Streik als Protestkundgebung gegen eine Anzahl in letzter Zeit erlassene Gesetze und Verfügungen auf dem Gebiet der Heilkunde, in denen die Aerzte eine Bevorzugung des Kurpfuschertums zum Schaden der Volksgesundheit erblicken und sich in ihrem Beruf und ihrer sozialen Stellung zurückgesetzt und schwer geschädigt fühlen.

Die Franzosen rücken ab.

Düsseldorf, 1. Juni. (Priv.-Tel.) Seit vorgestern rücken zahlreiche französische Truppen aus dem Düsseldorfer Brückenkopf ab, jedoch deutet noch nichts auf eine völlige Räumung des infolge der Sanktionen besetzten Gebietes hin.

Zum Streik in Norwegen.

Kristiania, 1. Juni. Bei den gestrigen Verhandlungen betreffend den Maschinistenkonflikt einigte man sich dahin, den Reederverband zu ersuchen, baldmöglichst Verhandlungen mit der Matrosen- und Heizerunion aufzunehmen. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverein und dem Maschinistenverband sollen Donnerstag nachmittag fortgesetzt werden. Es wird erwartet, daß die Verhandlungen des Reederverbandes mit der Matrosen- und Heizerunion heute beginnen werden.

Wladiwostok erobert.

London, 1. Juni. Wie aus Tokio gemeldet wird, haben bolschewistenfeindliche Streitkräfte unter General Kappel Wladiwostok kampflos eingenommen. Die Japaner verhielten sich neutral.

Schon

18 77

wurde dieses Zeichen für

Apotheker Rich. Brandts Schweizerpillen (Abführpillen)

als Schutzmarke eingetragen. Vor Nachahmung wird gewarnt.

A.-G. vorm. Apotheker Richard Brandt, Schaffhausen (Schweiz) und Singen a. Hohentwiel (Baden).

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches u. Feuilleton Willi Lanzke; Für „Halle-Saalkreis" u. Provinz und den übrigen redaktionellen Teil Karl Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210601-19/fragment/page=0003

C. W. Trothe,
Opt. Anstalt
Gegr. 1816
Fernspr. 2916
Gr. Steinstrasse 16.

Modernes Theater

Die führende Kleinkunst-Bühne.
Im Monat Juni
Ein grosses Spezialitäten-Programm.
Die besten Kunstkräfte „Varieté und Cabaret".

B. B.B.

Beth's Bunte Bühne

Vornehme Künstlerspiele.

Ab heute, den 1. Juni 1921
Gastspiel! **Hans Schuch** Gastspiel!
der populärste Komiker Leipzigs,
ausserdem:
Curt Speyer Satanos Duo
Frudessa Arzdorf
und die übrigen Attraktionen des vollständig neuen
Juni-Spielplans.

Schweineschmalz garant. rein 1 Pfd. **9.70**

Margarine, stetsfrisch	1 Pfd. 9.50, 9.30, 9.00	7.50 Mk.
Margarine-Nuß-Butter, feine Pflanzenbutter	1 Pfd.	9.50 Mk.
Kaffee, feinster	1 Pfd.	9.00 Mk.
Reis, Rangoon-Kostreis	1 Pfd.	3.00, 2.65 Mk.
Reis, Rangoon-Bruch, groß	1 Pfd.	2.30 Mk.
Weiße Bohnen	1 Pfd.	2.25, 1.80, 1.20 Mk.
Hirse, geschält	1 Pfd.	3.00, 2.70 Mk.
Weißer Gries	1 Pfd.	2.60 Mk.
Rübensaft, dick und süß	1 Pfd.	2.80 Mk.
Sirup, brauner	1 Pfd.	2.50 Mk.
Himbeersaft mit Zucker	½ Fl.	10.00 Mk.
Kartoffelmehl, feinstes	1 Pfd.	3.20 Mk.

Reine **Kernseife** 1 Doppelstück 250 g 2.60, 2.40 Mk.; 1 „ 500 g 5.00 Mk.; großer Riegel 10.40 Mk.

Ba. cryst. Soda	1 Pfd.	0.65 Mk.
Ba. Reis-Stärke	1 Pfd.	7.60 Mk.
Ba. Mais-Stärke	1 Pfd.	5.60 Mk.

Bei größerer Abnahme Vorzugspreise.

Louis Eisfeld

Brüderstraße 15, am Markt.

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit zur gefl. Kenntnis, daß ich das seit langen Jahren bestehende
B. Wagenführer'sche Kolonialwaren-, Wein- und Destillations-Geschäft,
Reilstrasse 36
nach vollständiger Renovierung unter der Firma

Lebensmittelhaus Nord

am Donnerstag, den 2. Juni, wieder eröffnen werde. -- Mein Bestreben wird sein, nur gute Waren zu billigsten Preisen der werten Kundschaft zu verabfolgen.

Hochachtungsvoll
Theodor Borth.

Für Kinder- u. Gartenfeste

Laternen, Fackeln, Tragstäbe, Abschießsterne, Abschießvögel, Geschenke, Verlosungs- u. viele andere Artikel, Tanzkonfetti, Tanzblumen, Tanzband, Festabzeichen, Eintritts- und Garderobenblocks, Girlanden, Fähnchen für Garten- und Saaldekorationen aller Art, Willkommen-Schilder billigst wie bekannt bei

Paul Lange,
neben Apollo Merseburgerstr. 168, nähe Riebeckplatz
Telefon 3477.
Sonntags geschlossen.

Uhren- und Goldreparaturen
gewissenh. persönl. Ausführung.
Billigste Preisberechnung.
Hermann Koch, Uhrmacher,
Pfännerhöhe 1, Gelegenheitskäufe in Uhren u. Goldw. billigst

Papst, Kaiser und Sozialdemokratie

in ihren Friedensbemühungen
im Sommer 1917.
von
Philipp Scheidemann.
Preis 5.00 Mark.
Buchhandlung Volksstimme.
Grosse Ulrichstrasse 27.

Wir kaufen

Hamsterfelle
Zickelfelle
Ziegen- und Schaffelle
Kaninchenfelle
Katzen- und Hundefelle
Rind- und Pferde-Häute.

unserem Lager

und zahlen

Kupfer
Rotguss
Messing
Blei
Zink
Zinn
alle Sorten
Eisen.

oder auf Wunsch freie Abholung

höchste Preise.

Lumpen
Woll. Strumpf-Abfälle
Papierabfälle
Bücher
Zeitungen
Akten
Knochen
Weissglas
Frauenhaar.

bei grösseren Posten.

Theuring & Ackermann

Triitzstrasse 24
Grosse Brunnenstrasse 60|61
Telefon 4363. — Telefon 4363.

Wer nicht wagt, der nicht gewinnt, Wer nicht im Schuhhof kauft, ist blind

Jedermann kauft bei mir unstreitlich am billigsten.
Wir bringen gute Qualitäts-Schuhwaren zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Einige Beispiele:

Herren-Stiefel	Damen-Stiefel	Kinder-Stiefel	Spangen-Lackschuh
braun 210.– 190.– **180.–**	braun schicke Fasson 190.– 175.– **165.–**	braun 130.– 110.– 90.– **66.–**	Pa Lack **160.–**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster! :: Ueberzeugung macht wahr!

Schuhhof, Halle a. S.,

Neumarktstrasse 3—4.

Reparaturen werden billigst ausgeführt.

Achtung!
Anzugstoffe v. 60.— an
Barchend gl. u. gestr. 13.50 12.00 9.50
Perkal, Zephir 16.50 15.50 14.40 13.50
Dirndlstoffe, Satins
Cheviots, Popeline,
Serge.
Reste billigst.
Kein Laden.
Helmut Hartmann,
Landwehrstr. 11, I. Etg.

!!! Sommersprossen !!! verschwinden!
Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Frucht, Hannover 52, Schliesslach 238.

Leder-Sohlen
in großer Auswahl, Paar von Mk. 8.– an
Sohl-Leder
in Hälften Kroupons Hälfte und Seiten zu sehr billigen Preisen
Lederabfälle
sowie sämtliche Schuhbedarfsartikel billigst. Verkauf an Schuhmacher und Private. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Jahr & Spiegel,
Ludwig Wuchererstr. 59.

Grudeöfen
in allen Größen und Ausführungen wieder lieferbar
August Domke,
Fabrik für alle Blecharbeiten.
Halle a. S. Taubenstr. 9.

Auf Abzahlung
Anzüge, Kleiderstoffe, Bettbezüge, Handtücher, Hemden, Damen-Beinkleider, Schürzen.
Carl Rasemann
Alte Promenade 35, I.

Waren Sie schon in meinem

Stofflager?

Der weiteste Weg lohnt sich, denn Sie sparen Geld!
Anzug- und Kostümstoffe in den neuesten Mustern und bester Qualität.

Anzug la Stoff, von 120 Mk. an.

Kommen, sehen, staunen!

Leo Wessner, Nicolaistrasse 6 (Händelpark).

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 2. Juni, Anfg. 7½, Ed. 10 Uhr:
Madame Butterfly
Oper von Puccini.
Freitag: Kain.

Für Sänger-, Turner-, Radfahrer-, Bergleute- und Schützenfeste empfehle:

Garten- und Saaldekorationen

sowie:
Kinderfest-Artikel, Laternen, Fackeln, Polonaisenstäbe, Fahnen, Abschießvögel, Sterne, Scheiben, Fest- u. Vereinsabzeichen, Eintritts- und Garderobeblocks, Tanzkontroller, Tanzblumen, Tanzband etc. in großer Auswahl zu billigsten Preisen
Albin Hentze,
24 Schmeerstrasse 24.

Reparaturen an Uhren
Gold- und Silberwaren, sowie Schmuckfach. übernimmt bei solid Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,**
Uhren-Reparatur-Werkstatt
Große Steinstraße 85.
(gegenüber Barfüßerstraße).

1657
Vernickeln, Erneuern
von Metallgegenständen jeder Art führt aus
Ferd. Hassengler,
Metallwarenfabrik, Barfüßerstr. 9. Telefon 1196.
Gegründet 1839.

Salem 30 dick!

sowie die beiden vorzüglichen u. sehr beliebten Spezialmarken
LETA u. JLO dick 30 flach
Ferner stets am Lager:
Süsse Mädels. Pico. Garbaty. Reitschule. Graf Arco. Haus Neuerburg. Manoli. Batschari. Waldorf-Astoria. Wassil. Tandu. Mal Kah. Renner Gold. Sport. Eckstein etc.
Originalfabrikpreis mit Skonto!

Sonderangebot:
Goldmundstück-Zigaretten!
aus goldgelben orientalischen Tabaken
pro Mille Mk. 170 u. Mk. 200
Ganz besonders preiswert
Nur solange Vorrat reicht

1 Posten Zigaretten ohne Mdstck. 30 Pf.-Banderole per Mille Mk. **175**

Kautabak!! Original Nordhäuser Ware!
zum Original-Fabrikpreis stets frisch von
B. L. Hanewacker und Grimm & Triepel
Schwarzer Krauser Ia Qualität Pfd. 25.— Mk.

Zigarren in gewaltiger Auswahl
stets vorteilhafte Angebote, daher
Lagerbesuch unbedingt lohnend!
Zigarettenpapier und Hülsen zu besonders billigen Preisen

Julius Loeb

Haupt-Engroslederlage **Halle a. S.**
Mauerstr. 1, am Franckeplatz
Telephon 4721.

Wanzen und deren Brut

vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicodaal. Erfolg verblüffend. Kinderl. anzuw. Dankschreib von überall.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei:
Karl Kuhnt, Gr. Ulrichstraße 51
sonst portofrei bei Hermann G. Groesel, Berlin, Königgrätzerstraße 49.

Naumburger Volksbuchhandlung
Marienstraße Tel. 263
empfiehlt
Partei- und and. polit. Literatur
Klassiker — Romane
Zeitschriften
Schulartikel
Wandschmuck.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210601-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Heute abend bei Wilsdorf, Karlstraße, Musikprobe, anschließend Leseprobe. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Distrikt 8 und 8 a. Unsere Distriktsversammlung findet Mittwoch, den 8. Juni in der „Bernhardhalle" statt. Der Wichtigkeit halber wird um rege Beteiligung gebeten.

Die Distriktsführer.

Funktionärsitzung. Donnerstag abend 8 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus.

Halle-Saalkreis.

Halle, 1. Juni 1921.

Der neue Reichsschulgesetzentwurf ist reaktionär.

Uns schreibt ein Lehrer:

Der Widerstand gegen diesen reaktionären Entwurf beginnt sich allerorts zu regen. Es wird aber auch die höchste Zeit. Denn er zerstört alles, was bis jetzt am Bau der Einheitsschule durch Einrichtung der allgemeinen Grundschule begonnen ist. Um die verschiedenen Anhänger der Weltanschauungen und Anhänger der Konfessionen zu befriedigen, wird jedem etwas hingehalten: Die Konfessions-, die Simultan-, die neutrale weltliche-, die religionslose Weltanschauungsschule. Dabei wird nicht gefragt, was nun aus dem Ganzen wird? Der Entwurf ist die Auswirkung des unglückseligen Art. 146, Abs. 2. Wen dieser Entwurf wirklich Gesetz wird, ist die allgemeine Volksschule für immer zertrümmert. Da jedes Bekenntnis und jede Weltanschauung das Recht auf eigne Schulen hat, wird es künftig lutherische, reformierte, römisch- und griechisch-katholische, israelitische, monistische, freidenkerische, buddistische, theosophische u. a. Schulen von Staatswegen geben. Und dieses neue Monstrum nennt sich stolz „Einheitsschule." Nicht genug, daß unser Volk bereits wie kein anderes getrennt ist, durch konfessionelle und soziale Gegensätze, daß sich die Volksteile unverstanden, ja sogar feindlich gegenüberstehen, jetzt soll sogar schon die Jugend vom 6. Jahre ab parzelliert werden. Ein Kind soll aber doch hineinerzogen werden in die große Volks- und Menschheitsgemeinschaft. Auf dem Toleranzgedanken muß eine Schulorganisation aufgebaut sein, das ist nur möglich in der für alle obligatorischen deutschen Gemeinschaftsschule. Der neue Entwurf in seiner Annahme, bedeutet in Deutschland den Sieg des Konfessionalismus über den Staats- und Gemeinschaftsgedanken, der Sieg der Konfession über den Staat. Obgleich Kinderland heiliges Land ist, werden die Schüler schon in frühester Jugend voneinander gerissen, dadurch entfremdet und in die Gegensätze hineinerzogen, damit sie sich später als Erwachsene überhaupt nicht mehr verstehen. Der Schultkampf mit seiner zersplitternden Tendenz wird zu einer dauernden Einrichtung der Gemeinden werden, die Familien fortgesetzt beunruhigend. Die hier und da entstehenden, wenig gegliederten Zwergschulen, werden die Leistungen sehr herabdrücken. Schließlich kann die neue unheilvolle Neuorganisation nicht ohne hemmenden und lähmenden Einfluß sein für die längst geplante, leider noch immer nicht in Angriff genommene moderne Ausbildung der Lehrer. Darum Eltern, Erzieher, Elternbeiräte, Körperschaften in Gemeinde und Staat, erhebt flammenden Protest gegen die Zerschlagung des Einheitsschulgedankens. In dieser Form darf der Entwurf nicht Gesetz werden. Die beiden Rechtsparteien und das Zentrum werden sich mit aller Kraft einsetzen, für die orthodoxe Konfessionsschule, die Demokraten für die Simultanschule, die immerhin ein kleiner Fortschritt wäre. Für uns Sozialisten muß die Parole heißen: Weltliche Schule.

Sondergericht.

Interessante Vertagungsfälle.

Als die kommunistische Kampfzentrale in der Reilstraße ausgehoben wurde, fand man eine Menge von Dokumenten und Papieren, die zahlreiche Personen, von denen man bislang nur wenig über ihre kommunistische Tätigkeit wußte, belasteten. Aehnlich erging es dem Schlosser Kurt Lehnert aus Halle, der bis zum Ausbruch des Putsches Betriebsratsvorsitzender bei der Maschinenfabrik Wegelin & Hübner war und sich gestern vor dem Sondergericht verantworten sollte.

Man hatte den beiden Leuten aus der Zentrale, die nachher auf der Flucht erschossen wurden, eine mit drei Namen beschriebene Liste abgenommen, auf der die für eine Art Zentralleitung des Putsches im Bezirk Halle in Aussicht genommenen Persönlichkeiten vermerkt waren. Darunter auch Lehnert.

Nun behauptet aber der Angeklagte, daß er ohne sein Wissen auf diese ihm bisher völlig unbekannte Liste gekommen sei und daß er sich überhaupt nicht vorstellen könne, wie die Zentrale gerade ihn an einen exponierten Posten habe stellen wollen, da er doch in der Partei eine ziemlich unbedeutende Rolle gespielt habe.

Da überdies Zweck und Ziel der fraglichen Liste noch nicht geklärt sind, und die Angaben des Angeklagten noch auf ihre Richtigkeit geprüft werden müssen, beschloß das Gericht Vertagung. Doch wurde der Angeklagte in Haft behalten. (Warum?! D. R.) — — —

Mit einem wenn nicht geisteskranken, so doch mindestens schwachsinnigen Menschen hatte es das Gericht in der Person des 22jährigen Paul Hauk aus Holzweißig zu tun. Er hat den ganzen Zug nach Beesenstedt mitgemacht, erinnert sich aber nicht der geringsten Einzelheiten. Die beiden Sachverständigen Dr. Gibsecke und Prof. Schulz sagen aus, daß der Angeklagte — der den Blick fortwährend wie in wachem Schlafe auf die Zimmerdecke richtet — früher an Veitstanz und epileptischen Anfällen anderer Art gelitten habe. Krämpfe leichter Art sind jetzt noch zu beobachten. Trotzdem hält ihn Herr Professor Schulz für zurechnungsfähig. Die Tatsache, daß der Angeklagte nur 3 Jahreszeiten und 6 Wochentage kennen will, erklärt dieser Sachverständige für Simulation.

Auch in dieser Sitzungstatsache gelangt der Gerichtshof zur Vertagung, da bei dem harten Abstreiten des Angeklagten erneute, eingehende Beweisaufnahme notwendig ist. — —

Der kommunistische Ortsgruppenvorsitzende und Lagerhalter Paul Röber aus Löbejün soll in einer Versammlung zum bewaffneten Kampfe aufgereizt haben. Doch kann er sein Alibi erbringen. Er hat den Landtagsabg. Redakteur Kilian bei einer Gedächtnisfeier in Wettin getroffen. Da ihm dieser erklärte, daß der Putsch mißlungen und jedes weitere Blutvergießen unnütz sei, habe er auch in Löbejün dieser Meinung Ausdruck gegeben. Der zufällig am Presstetisch anwesende Herr Kilian kann diese Aussage bestätigen, ebenso Herr Bürgermeister Anschwitz von Löbejün. Darauf wird Röber mit zwei Genossen, denen dasselbe zur Last gelegt wurde, **freigesprochen.**

Aufgaben und Zusammensetzung der Versorgungsbehörden.

Den Hauptversorgungsämtern und Versorgungsämtern liegt die Durchführung der Versorgung der ehemaligen Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 und der älteren Versorgungsgesetze im Verwaltungsverfahren ob. **Die Hauptversorgungsämter** und die Marineversorgungsämter Kiel und Wilhelmshaven sind dem Reichsarbeitsministerium unmittelbar, die übrigen Versorgungsämter den betreffenden Hauptversorgungsämtern unterstellt. Die Hauptversorgungsämter sind höhere Reichsbehörden. Hauptversorgungsämter befinden sich in folgenden Orten: Berlin (Hauptversorgungsämter Berlin und der Provinz Brandenburg), Königsberg i. Pr., Stettin, Magdeburg, Liegnitz, Breslau, Münster, Coblenz, Altona, Hannover, Cassel, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Gera, Dessau, Danzig, Frankfurt a. M., Leipzig, Allenstein, Saarbrücken, München, Würzburg und Nürnberg. Zum Bereiche des Hauptversorgungsamtes Magdeburg gehören die Versorgungsämter Altenburg, Aschersleben, Bernburg, Bitterfeld, Burg, Dessau, Eisleben, Halberstadt, Halle a. S., Magdeburg, Naumburg, Neuhaldensleben, Sangerhausen, Stendal, Torgau und Weißenfels a. S. Die Hauptversorgungsämter sind zuständig für die Entscheidung in allen Angelegenheiten der Kapitalabfindung, für die Umanerkennung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920, die erstmalige Feststellung von Hinterbliebenengebührnissen, die sich auf einen vor dem 1. 4. 20 eingetretenen Todesfall stützen und die Berufungs- und Rekursangelegenheiten. Für die Bearbeitung und Entscheidung aller übrigen Versorgungsangelegenheiten sind die Versorgungsämter zuständig.

Versorgung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes und der bisherigen Vorschriften wird nur auf Antrag gewährt. Für die Umanerkennung, die von Amtswegen erfolgt, bedarf es aber eines Antrages nicht. Die Anträge sind schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei dem örtlich zuständigen Versorgungsamt zu stellen, auch wenn für die Entscheidung das Hauptversorgungsamt zuständig ist. Die Bearbeitung der zahlreichen Anträge und Umanerkennungen erfolgt mit größtmöglichster Beschleunigung. Bei der durch die Finanslage des Reiches gebotenen Beschränkung des Personals auf das durchaus notwendige Maß und mit Rücksicht auf die zahlreichen Rückfragen und Feststellungen, die zur Klärung des Sachverhalts in den einzelnen Fällen erforderlich sind, liegt es in der Natur der Sache, daß die Zustellung der Bescheide in vielen Fällen trotzdem längere Zeit in Anspruch nimmt. Das Hauptversorgungsamt Magdeburg ist in der ehemaligen Kaserne Ravensberg, Ecke Kaiser- und Landwehrstraße, untergebracht. An der Spitze des Hauptversorgungsamtes Magdeburg steht Direktor Graf von Hertzberg.

Schulanfang für alle Schulen einheitlich!

In der letzten Sitzung des Schulausschusses und der Schuldeputation einigte man sich auf einen gemeinsamen Schulanfang sämtlicher Schularten, das heißt der höheren Knaben- und Mädchenschulen, der Mittelschulen und Volksschulen. Es soll künftig im Winter der Unterricht für die älteren Schüler um 8 Uhr, für die jüngeren um 9 Uhr beginnen, im Sommer, der vom 15. April bis Ende August gerechnet wird, um 7 bezw. um 8 Uhr.

Im Winter beginnt der Unterricht für die älteren Schüler um 8 Uhr, für die jüngeren um 9 Uhr. Die Monate Dezember und Januar machen eine Ausnahme. In dieser Zeit soll der Schulunterricht für die älteren Schüler erst um 8 Uhr 30 Minuten, für die jüngeren entsprechend später seinen Anfang nehmen.

In den Sommermonaten vom 15. Mai (nicht April) bis Ende August ist der Schulbeginn auf 7 Uhr für die älteren und 8 Uhr für die jüngeren Schüler festgesetzt.

Diese neue Maßnahme wird voraussichtlich in diesem Winter zum ersten Male in Kraft treten.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise gelten von heute ab.

Seit heute morgen, ab 12 Uhr ist das Reisen 30 Prozent teurer geworden. Es gelten nun folgende Sätze: Für je 1 Kilometer in der 1. Klasse 58,5 Pfg., in der 2. Klasse 32,5 Pfg., in der 3. Klasse 19,5 Pfg., in der 4. Klasse 13 Pfg., Militär (3. Klasse) 4 Pfg., Hunde 4 Pfg.

Zu diesen Kilometereinheitssätzen treten für D-Züge folgende Schnellzugszuschläge: für die erste Zone auf eine Entfernung bis 75 Kilometer in der 1. und 2. Klasse 8 Mk., in der 3. Klasse 4 Mk., in der zweiten Zone (75 bis 150 Kilometer) 1. und 2. Klasse 16 Mark, in der 3. Klasse 8 Mark, und in der dritten Zone (über 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 24 Mk., in der 3. Klasse 12 Mk.

Der Preis für Bettkarten (außer der entsprechenden Fahrkarte eine Bettgebühr 1. Klasse 80 Mk., 2. Klasse 40 Mk. und eine Vormerkgebühr von 6 bzw. 4 Mk. auf alle Entfernungen innerhalb Deutschlands) bleibt unverändert.

Tagesordnung für die außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, den 2. Juni 1921, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. 1. Aenderung der Kartensteuerordnung für Pferderennen. 2. Notstandsarbeiten.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Keil.

Jahrmarkt. Der nächste Kram- und Viehmarkt findet laut einer Verordnung des Magistrats vom 23.—24. Juni auf dem Roßplatz statt.

Verbot der „Tribüne". Auf Grund einer Verfügung des Oberpräsidenten Hörsing ist der Klassenkampfersatz, die kommunistische „Tribüne" auf drei Tage verboten worden. Das Verbot ist in der Verfügung damit begründet, daß die „Tribüne" „in unzweideutiger Weise zur Ergreifung der Waffen und zum Kampf gegen den Staat aufgerufen hat."

Postpakete nach Amerika. Von jetzt an sind im unmittelbaren Verkehr von und nach den Vereinigten Staaten von Amerika Postpakete bis zum Gewicht von 10 Kg. zu den gleichen allgemeinen Versendungsbedingungen wie bisher die Pakete im Gewicht bis 5 Kg. zugelassen. Die Beförderungsgebühr für Sendungen im Gewicht von über 5 bis 10 Kg. beträgt zurzeit 35 Mark.

Kleines Feuilleton.

Arthur Holitscher drei Monate in Sowjet-Rußland.

Arthur Holitscher folgte einer Einladung Radeks, er fuhr im Auftrage eines bürgerlichen Konzerns „United Preß" nach Rußland und bereiste dieses Land Ende 1920. Als Buchfrucht daraus: „Drei Monate in Sowjet-Rußland". Es rangiert auf derselben Bahn wie Paquets „Im kommunistischen Rußland" und den Schriften einiger Engländer. Wo aber Paquet mit sachlicher Achtungbetonung sein Werk entläßt, da beginnt ein Aufhorchen in der Darlegungen Holtischers; eine neue Melodie. Holitscher gehörte im Kriege zu den unvergessenen Vorkämpfern einer europäischen Friedensidee. Er wurde beim Ausbruch der deutschen Revolution eine aktive Vibration, dieser vordem im Wesen schüchterne, in Reisebüchern und Romanen eigentümlich verhaltene Schriftsteller sprach urplötzlich vor Tausenden von Menschen. Noch weiter geht die Entwicklung: im neuen Buch sieht ein Mensch wie Moses durch kommende, chaotische Schrecknisse hindurch einen neuen Zustand der Menschenerde. Er muß solchem Erkennen im dunklen Schauder zustimmen, willentlich und mit Ueberwindung alter Lebensrechte ahnt er den Weg und die Bahn einer kommenden Menschengeltung, einen neuen Sinn im Geschehen und einer endlichen Religiosität durch die Gemeinschaft.

In jedem seiner Vorträge, zuerst in Berlin, am vergangenen Freitag in Halle, schwingt im Unterton solche Gewißheit. Ein klares, einfaches Wort: „Ich bin Sozialist." Aussprüche der Ablehnung auf Bindung an eine Partei. Auch das Buch atmet den gleichen Odem. Ein Ueberblicker sozialer und wirtschaftlicher Probleme reist durch ein problematisches Land. Sorgfältig wird Licht und Schatten registriert, werden notwendige und nicht notwendige Mißstände aufgedeckt, immer aber überwältigt ihn die nüchterne und doch grandiose Unbeirrbarkeit der führenden Bolschewiki. Er stellt sich auf die Ja-Seite, trotzdem sein europäisch orientiertes Herz nein sagen möchte. Dabei sieht er ungeheure Not, er wird schwer verdächtigt, er sieht das Aufkommen einer zynischen, in seinen Auswirkungen unberechenbaren Sowjet-Bourgeoisie, er weiß Radek lächeln ob seines Erkenntnisdranges einer neuen Ethik, er weiß von Fehlern in der Erziehung, von gefährlichen Konzessionen, von üblen Exekutivelementen in der „Wetscheka" (Außerordentliche Kommission). Er schreibt fast anklägerisch und klar bewußt: Es gibt Leute, die den Bolschewiki den Vorwurf machen, daß sie mit einem ungeeigneten Volkskörper ein so radikales Experiment gemacht hätten. Und es sind nicht zuletzt die aufrichtigen Sozialisten, die diesen Vorwurf erheben; denn sie befürchten beim Scheitern dessen, was sie das bolschewistische Experiment nennen, ein weiteres Erstarken des Kapitalismus und eine Diskreditierung des sozialistischen Gedankens auf unabsehbare Zeit. Trotzdem und angesichts von innerer Abwehr mancher noch nicht zu rechtfertigenden Ungeheuerlichkeit steht Holitscher, erfaßt von einer tief strömenden Idee, auf der Ja-Seite.

An Tatsachen bringt das Buch Neuartiges und eingehend Wesentliches. Nach einem einleitenden Kapitel über Wesen der Berichterstattung über Rußland, wird die Arbeit und das Arbeitsvolk aufgesucht. Man hört das Wort „Remont", Symbol ungeheuren Ersatzmangels an Maschinenteilen; ein zivilisatorischer Tiefstand erwächst notwendig. Textilindustrien werden durchgangen; die „Spez", ein Bestandteil der Sowjetbourgeoisie, werden beleuchtet; eine Abschweifung verzeichnet die geringe Mitgliedszahl der kommunistischen Partei Rußlands. Der „Subotnik", eine ehemals freiwillige Arbeit für die Allgemeinheit ist Zwang geworden; man hat ihm seine ethische Unterlage genommen. Das rote Heer. Eine Eindämmung Holitschers Begeisterung ist am Platze. Aber die russische Propaganda ergoß sich schon in Funksprüchen über das aufstaunende Europa; ein Eindringen in den Lehr- und Schulbetrieb, neue Arten werden aufgerollt. Arbeitsschule, Proletkult und Künste geben ein neues Blickfeld. Die russischen Intellektuellen werden betont als Zwitter angesehen, kaum in Europa bekannte jüngere Schriftsteller, Remisow, Bjaly, Prussow, Kusmin gehören zu ihnen. Gorki pendelt zwischen Pflicht und Eigengewissen. Dichter einer neuen Kollektivseele sind Demian Bjedny und Michael Gerasimoff. In den bildenden Künsten kann jeder schaffen, alle Richtungen, einschließlich des gutgemeinten Kitsches haben ein Daseinsrecht. Wassili Kandinski wird übertrumpft. Der Name Tatlin wäre zu merken. Das Ballett steht in alter Blüte auf, von ausübenden Künstlern erwirkt sich Schaljapin ein frisches Daseinsrecht. Gott wurde von Lunatscharski entthront, den Rittertaumel der russischen Gläubigen konnte er nicht vertilgen. Tolstois Geist polemisiert, der ehemalige Kleinadlige Lenin hat einen tiefsenklang im Volksmunde. Küssen von Heiligen, Bekreuzungen, unsterter Wandertrieb gehen mit dem roten Terror, den unbeugsamen, fanatischen Männern um Lenin, einem Massenheroismus trotz wirtschaftlicher Not ein Bild russischer Gegenwart. Aus den Zentralen Petersburg und vor allem Moskau aber gewittert magisch und eigentümlich bekkemmend ein Wetterleuchten in die europäische Welt.

Brattskoven.

Tiere beim Jazz-Konzert. Einen überraschend guten Musikgeschmack zeigten die wilden Tiere des New Yorker Zoologischen Gartens bei einem Versuch, den Professoren der Universität Columbia jüngst anstellten. Die Gelehrten veranstalteten nämlich, um die Tierpsychologie zu studieren, ein Jazz-Konzert für die Affen, die Eisbären, die Wölfe, Löwen und Tiger des Zoo und beobachteten auf das genaueste die Wirkung, die diese in unsern Tanzsälen so außerordentlich beliebte Musik auf die Gemüter der Tiere hervorrief. Aber die gefangenen „Kinder der Wildnis" haben augenscheinlich einen anderen Geschmad als das moderne Publikum. „Die Affen", so besagt eine Schilderung des „New York Herald", „fingen zwar sofort an „Shimmy" zu tanzen, aber nicht aus Wohlgefallen über die Klänge des Orchesters, sondern um dadurch ihre Wut zu bezeigen.. Die Löwen, Tiger und Wölfe äußerten durch große Unruhe, starkes Brüllen und Fauchen ihre Entrüstung über den Jazz. Die Aufregung der Tiere steigerte sich derart, daß das Konzert abgebrochen werden mußte, bevor noch die Hälfte des Programmes zu Ende war.

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jede andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 21 bezogen werden.

Natur. Illustrierte Halbmonatsschrift für Naturfreunde. Aus dem Inhalt des soeben erschienen Heftes 16 heben wir hervor: Können sich erworbene Eigenschaften vererben. Von Prof. Dr. R. Demoll. Mit 2 Abbildungen. Der Neandertalmensch. Von Dr. Georg Arndt. Mit 7 Abbildungen. Ueber bakterielle Ruhrerzeuger. Von Dr. Thiem.

Einen zeitgemäßen Schritt hat der weltbekannte Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig getan. Jedermann kennt das Konversations-Lexikon, jeder benutzt es und lobt es. Aber was eigentlich das zungenbrecherische Wort „Konversations-Lexikon" sagen will, kann der Laie kaum erraten. Jetzt will Brockhaus den veralteten Namen Konversations-Lexikon ablegen! Er strebt nach einer neuen zeitgemäßen Bezeichnung, und, wie soeben aus Anzeigen hervorgeht, ruft er in einem mit reichen Preisen ausgestatteten Wettbewerb alle Leser zur Mitwirkung bei der Umbenennung auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210601-19/fragment/page=0005

„Die gegenwärtige Wirtschaftslage." Ueber dieses Thema sprach am Montag in einer Frauen-Mitgliederversammlung der Genosse Wiegand. Der Referent ging besonders auf das Ultimatum und auf die Annahme desselben ein. Auch schilderte er uns den Schaden, der durch die eventuelle Nichtanahme des Ultimatums entstanden wäre. Hierbei ging er ganz besonders auf die Besetzung des Ruhrgebietes, dem Herzen Deutschlands ein. Besonders verspüre man die Annahme des Ultimatums auf dem Wirtschaftsmarkte. Die Valuta stieg sofort, aber das ist uns nicht die Hauptsache, sondern das Geld muß erst stabil werden, dann ist es auch möglich, dem Händler auf die Finger zu sehen. Alsdann sprach der Referent über die Preisbildung. In der Diskussion wurde der vorzügliche Vortrag von allen Genosinnen unterstrichen. Folgender Antrag für die Reichsfrauenkonferenz fand einstimmige Annahme: „Die sozialdemokratischen Frauengruppen des Regierungsbezirks Merseburg ersuchen die Reichstags- und Landtagsfraktion, dahin zu wirken, daß sobald wie irgendmöglich eine Neubearbeitung der deutschen Lehrbücher für alle Schulen vorgenommen wird. Die Reichstags- und Landtagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß bei der Neufassung jeder Personenkult unterbleibt und Gedichte, die unserem pazifistischem Empfinden zuwider laufen, zu entfernen sind.
L. H.

Hunde an die Leine nehmen. In letzter Zeit ist wieder häufiger beobachtet worden, daß Hunde auf den Wegen innerhalb der Promenaden und sonstigen gärtnerischen Anlagen ohne die gehörige Aufsicht frei umherlaufen. Auch sind die Anpflanzungen schon wiederholt durch aufsichtslos in ihnen umhertreibende Hunde beschädigt worden. Es wird daher darauf hingewiesen, daß nach der Polizeiverordnung vom 15. Juni 1892 Hunde außerhalb des Gehöftes ihres Besitzers stets in ausreichender Aufsicht gehalten werden müssen. Diese wird nur dann als genügend angesehen, wenn ein Begleiter vorhanden ist, der den Hund in Ruf- und Sehweite hält und ihn jederzeit zur Folgsamkeit nötigen kann. Innerhalb der Anlagen sind Hunde an einer höchstens 1 Meter langen Leine zu führen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr geht „Ariadne auf Naxos" von Richard Strauß in Szene. Donnerstag „Madame Butterfly". Am Freitag gelangt unter Spielleitung von Dr. Edgar Groß das mythische Gedicht „Kain" von Anton Wildgans mit Josef Krahé in der Titelrolle, Fritz Hensel (Abel), Hermann Wedding (Adam), Helene Achterberg (Eva) zur Erstaufführung. Sonnabend wird die Operette „Drum prüfe, wer sich ewig bindet" (Don Pasquale) wiederholt. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Rotkäppchen", Sonntag abend „Ariadne auf Naxos".

Freie Volksbühne Halle. Der Verschwender. Anfang 7½ Uhr. Spieltage: J: Donnerstag, den 2. Juni, K: Sonnabend, den 4. Juni. Die Karten für das 8. und 9. Werk sind bis 2. Juni in den Bezirksstellen einzulösen.

Strauß-Konzert. Ungeheure Menschenmassen hatte gestern abend der Name Joh. Strauß in die Saalschloßbrauerei gezogen, sehr zum Schaden unseres Zoo, der am selben Tage sein 20. Stiftungsfest feierte. Was wurde geboten? Ich glaube, der große Teil des musikverständigen Publikums, das sich nicht von den an sich klangvollen Melodien täuschen ließ, ist schwer enttäuscht und unbefriedigt von dannen gezogen. Das Konzert zeigte so recht, daß der Dirigent allein nicht genügt, um das Konzert auf ein hohes Niveau zu heben, besonders dann nicht, wenn er, wie es gestern abend den Anschein hatte, vollständig ohne Probe dirigieren will. Der Kontakt zwischen Dirigenten und Orchester ging teilweise fast vollständig verloren. Nach einer guten Einleitung mit der Ouvertüre zur Operette „Der Zigeunerbaron" waren kaum wieder Leistungen zu verzeichnen, die über dem Durchschnitt standen. Die Offenbachsche Fantasie aus der Oper „Hoffmanns Erzählungen" ist wohl kaum in Halle so schlecht vorgetragen worden, wie gestern abend. Besonders die bekannte Stelle aus der Baccarole. Als nun bei den „Dorfschwalben" der Dirigent seinen Stab zur Seite legte und die Geige ergriff, war es vollends vorüber. Das Orchester verlor teilweise den Takt vollständig. Herr Strauß machte denn auch seiner Unzufriedenheit in einer sehr wenig vornehmen Weise Luft. Der Mangel an Proben rächte sich. Selbst der Höhepunkt des Abends, der „Blütenkranz" von Joh. Strauß, wies einen Mißgriff auf, z. B. bei dem Auszug aus „Rosen aus dem Süden". Etwas über den Durchschnitt erhob sich außer dem einleitenden Stück, die Fantasie aus der Operette „Die Fledermaus" von Joh. Strauß und „Weaner Madeln" von Ziehrer. Im Großen und Ganzen muß das Konzert als mißlungen angesehen werden.
Dr. W. D.

Tobias Buntschuh.

U.T.-Lichtspiele.

Die Idee von dem kürzlich verstorbenen Carl Hauptmann ist von dem gewandten dänischen Regisseur Holga-Madsen zu einem tiefgründigen, fast allzu düsterem Werke verdichtet worden. Eine gewaltige Macht, das Trustkapital, streckt seine Arme nach einem Erfindergenie, dem Millionär und Sonderling Tobias Buntschuh aus, der nun großzügige Kraftmaschinen nicht dazu benutzen will, Tausende von Arbeitern brotlos zu machen und infolge seiner humanitären Gesinnung dem Stahltruste gefährlich zu werden droht.

In dieses aktuelle Sujet ist das interessante Charakterbild Buntschuhs, eines von der Natur zum Krüppel gestalteten, trotz allem Reichtum nach Liebe lechzendem und dennoch wieder menschenfreundlichen Kämpfers verquickt. Das ersehnte Liebesglück bleibt dem Mißgestalteten versagt, aber seiner Mission gegen die Trusts können alle Manöver seiner Gegner nichts anhaben. —

Nach diesem gedanklichen Höhenfluge mutet das „spannende" Detektivschauspiel „Ein Erpressertrik" wie ein Kaltwasserstrahl an. Es enthält auch nicht einen einzigen unwürdigen Gedanken. Die „Großtat" des Joe Dubs hätte jeder Kinobesucher ebenso gut ausführen können. Solche Rowdyspiele mögen gut gewesen sein, als man das Kino noch auf der Messe als Kuriosum zeigte. Heute, wo der Film aufwärts strebt, bedanken wir uns für solche Mätzchen. Schade um die schöne Darstellung, die uns Ferdinand von Alten immer in so vornehmer Form bietet. Es ist wirklich künstlerische Kraftverschwendung.
H—r.

Schlimme Lazarettzustände.

(Fortsetzung aus der Sonnabend-Nummer.)

Die Veröffentlichung dieses Aufsatzes sollte bereits kurz nach **Ostern erfolgen.** Das unterblieb jedoch damals, weil die Kranken kurz vorher noch einmal mit neuen Hoffnungen erfüllt wurden. Die Lazarettinsassen erfuhren an dem zur Veröffentlichung ausersehenen Tage, daß der neue Chefarzt, zu dem sie Vertrauen gewonnen haben, von sich selbst aus eine gründliche Reinigung und geordnete Zustände herbeiführen wollte. Es lag ihnen nichts daran, ohne zwingende Not die Oeffentlichkeit mit ihrem Schicksal zu beschäftigen. Sie sahen sich zu ihrer Freude nicht getäuscht; denn bald begannen die Scheuerfrauen täglich in wochenlanger Arbeit die Renovierung. Noch heute, nach sieben Wochen, sind die Frauen täglich und unermüdlich bei dieser Arbeit. Eine der Frauen sagte dem Einsender, daß nicht daran zu denken wäre, bei diesem ersten Male schon wieder Grund zu finden. Aber es war nun wenigstens der Anfang und ein guter Wille zu sehen. Kurz vor Pfingsten dankten die Kranken dem Chefarzt für seine Hilfe und überreichten ihm als Ausdruck ihres Vertrauens den vorstehenden druckfertigen Artikel. Er äußerte nach dem Lesen seine Uebereinstimmung mit dieser Kennzeichnung der Zustände und sprach die Hoffnung aus, allmählich wieder bessere Verhältnisse zu schaffen. Aus all dem geht hervor, daß die Klagen der Kranken ganz berechtigt waren. Es hätte nun wohl eine Beruhigung eintreten können. Die Kranken hofften und gaben sich zufrieden. Die Veröffentlichung unterblieb auf Veranlassung des jetzigen Einsenders. Jetzt aber werden wir von neuem gezwungen, in der Oeffentlichkeit Schutz zu suchen, weil die geschilderten Verhältnisse der Ausgang von neuen, unerhört schlimmen Lazarettzuständen geworden sind. Diese sind im Nachstehenden geschildert. Zu ihrem Verständnis sei aber auch das Folgende noch vorausgeschickt. Den Anlaß zur Niederschrift des vorstehenden Artikels gab damals das Verhalten des behandelnden Arztes, des Oberarztes Dr. Lange. Unter seiner Tätigkeit, sowie zur Zeit des früheren Chefarztes Dr. Nommel und der jetzt noch behandelnden Aerzte Prof. Dr. Stieda und Prof. Dr. Grund waren die geschilderten Zustände entstanden. Wir baten Oberarzt Dr. L. damals, ehe wir überhaupt an eine Veröffentlichung dachten, um seine Unterstützung und Abhilfe. Kurz angebunden und in barschem Ton entgegnete unser behandelnder Arzt: „Das geht mich nichts an!" und bequemte sich erst nach eindringlichem Zureden, die Zimmer möglichst wöchentlich zweimal aufwischen zu lassen. Nachdem wir weitere Wochen warteten, ohne daß eine nennenswerte Veränderung eingetreten war, entschlossen wir uns endlich zur Abfassung des Zeitungsartikels, den wir, wie erwähnt, durch das pflichtbewußte Einschreiten des neuen Chefarztes damals nicht veröffentlichten. Was aber das Vertrauen zu unserm Chefarzt verhindert hatte, das wird nun durch das weitere Verhalten des Dr. L. zu dem damaligen Beauftragten der Kranken, dem jetzigen Einsender, von neuem veranlaßt. Es ermöglicht uns nicht, noch länger zu schweigen. Von neuem zwingt er uns zu der Veröffentlichung; denn unter solchen Verhältnissen haben alle Lazarettinsassen seelisch zu leiden.

Der Einsender hat folgendes selbst und unter Zeugen erlebt:

Nach mehrfachen Anzapfungen wegen meines damaligen Auftrages, erging sich Dr. L. zwei Tage vor Pfingsten ohne jede Veranlassung gegen mich in schweren Kränkungen und Beleidigungen. Er warf mir bei meiner Bitte um Pfingsturlaub ohne jede Berechtigung in Gegenwart der Kameraden vor, ich hätte mir unbefugt verschiedene Aemter angemaßt und mich ihm gegenüber so bezeichnet. Das tat er nachweisbar wider besseres Wissen. Als ich mich gegen diese Angriffe verteidigte, behandelte er mich in herabsetzendster Art wie einen Schuljungen und Rekruten und behauptete, ich verdrehe seine Worte und lüge. Als ich mir das energisch verbat und verlangte, von ihm als anständiger Mensch behandelt zu werden, erklärte er: „Wir sind in keiner politischen Versammlung" und verschwand. Alle Anwesenden waren empört über dieses Betragen, und es wurde mir erklärt, daß nur meine bekannte Ruhe Schlimmeres verhütet habe, andere hätten Dr. L. zur Tür hinausgeworfen. So betrug sich dieser Arzt gegen einen Kranken im Krankensaal. Ich sah mich genötigt, Herrn Reg.-Medizinalrat Dr. Schr., unseren Chefarzt, um Genugtuung zu bitten, sagte ihm jedoch, von einer offiziellen Beschwerde gegen Dr. L. diesmal noch abzusehen, weil ich ihm nicht schaden wolle. Aber auch das ist jetzt nicht mehr möglich.

Gegen einen anderen Kranken (Schm.) verging sich Dr. L. vordem nicht besser. Schm. hatte in einer Kriegsbeschädigtenversammlung die Zustände im Lazarett zur Sprache gebracht, Dr. L. stellte ihn daraufhin im Lazarett zur Rede. **Von diesem Tage an merkte Schm., ein schwerleidender Mensch, daß seine Entlassung aus dem Lazarett mit Nachdruck betrieben wurde.** Nachdem er Dr. L. darauf aufmerksam gemacht hatte, versuchte dieser ihn mit Ueberredungen zu beruhigen. In Gegenwart von Zeugen erklärte er ihm, daß die Aerzte ihm nicht weiter helfen könnten und daß er ja nach seiner Entlassung noch zum Berufswechsel das Umschulergeld und seine Militärversorgung erhalte. Schm. willigte schließlich ein, und nach der Entlassung begutachtete Dr. L. entgegen den Feststellungen früherer Aerzte und seinen eigenen Versprechungen nun amtlich, daß Schm. zur Militärversorgung nicht berechtigt sei und eine Kriegsdienstentschädigung nicht vorliege. **Schm. war also mit schwerem Leiden entlassen, berufs- und mittellos geworden.** — Der Einsender dieses Artikels hat auch bei sich selbst beobachtet, daß Dr. L. seinem Vorgesetzten, Prof. Dr. St., einen unwahren Krankheitsbericht gab. Gegen Dr. L. ist im ganzen Lazarett kein Vertrauen vorhanden, und allgemein, nicht nur von den Kranken, wird über seine verletzende, rücksichtslose Art geklagt. In dieser Beziehung häufen sich auch die Klagen über einen anderen Arzt, Prof. Dr. Grund, der fast nie einen Gruß für die Kranken übrig hat, wohl aber viel unfreundliche barsche Worte und ein stets finsteres Gesicht. Weiß Prof. Grund nicht, daß das freundliche Auge des Arztes in der Seele des Kranken warmer Sonnenschein ist, den der Kranke so nötig hat?

Nach dieser kurzen Abschweifung komme ich zurück zu meinem Zusammenstoß mit Dr. L. im Krankensaal. Gleich nach Pfingsten wurde ich von Prof. Dr. Stieda, dem leitenden Arzt für chirurg. Kranke zum Operationszimmer befohlen. Prof. Stieda hat mich im ganzen ungefähr innerhalb eines Vierteljahres zweimal einige Sekunden flüchtig untersucht. Das letzte Mal geschah es vor etwa drei Wochen, wobei er feststellte, daß die Wunde nun im Abheilen sei. Trotzdem wurde mit dieser Untersuchung eine schwere Maßregelung begründet.

Nach dem Vorfall mit Dr. L. zeigte Prof. St. nun plötzlich ein außerordentliches Interesse für mich, während er mich bis dahin überhaupt nicht kannte. Der Befehl, zu ihm ins Operationszimmer zu kommen, betraf nur mich. Hier befahl er mir sofort für die Zukunft strenges Bettliegen, trotzdem er wiederum den guten Fortschritt der Heilung bestätigen mußte. Auf meine Einwände bemerkte er, darüber noch einmal mit Dr. L. sprechen zu wollen. Ich hatte sofort den Eindruck, daß dieser Befehl nicht im Zusammenhang mit meinem Heilungsprozeß gegeben wurde. Schon zwei Tage darauf wurde ich wieder zu ihm ins Büro gerufen, wo auch Dr. L. und ein Schreiber anwesend waren. Prof Stieda befahl mir das Bettliegen von neuem in sehr gereiztem Tone, und es war mir sofort klar, daß die beiden Herren kurz zuvor meine Angelegenheiten besprochen hatten, was ich auch Prof. St. gegenüber zum Ausdruck brachte. Zum mindesten muß Dr. L. Prof. St. Absicht betr. des Bettliegens gegen mich verschärft haben. Ich konnte den Zweck der Anordnung nicht erkennen.

Von neuem wendete ich gegen die Anordnung ein, daß **ich schon 1½ Jahre im Bett gelegen habe und daß mir von meinen Aerzten im Merseburger Lazarett das Gehen direkt befohlen wurde, daß es von neuem nach langer Behandlung von tüchtigen Aerzten in der Klinik (Prof. Dr. Schmieden und** Privatdoz. Dr. Götze) **angeordnet wurde und daß auch meine** Aerzte im Lazarett **Elisabeth-Krankenhaus I, die mich zuletzt** 1¼ Jahr lang **gewissenhaft behandelten, mit dem Ausgehen einverstanden gewesen seien. Ich wies auch darauf hin, daß sich meine Wunde ja nicht verschlechtere, sondern erheblich verbessere.** Alle diese in großer Ruhe vorgetragenen Einwände beantwortete Prof. St. schroff damit, daß er mich nicht mehr behandeln würde. **Um das Verbot des Aufstehens mir mitzuteilen, ließ mich Prof. St. aber unbedenklich zweimal treppauf und ab steigen, obwohl es der anwesende Dr. L. leicht bei der nächsten Visite überbringen konnte. Es kann also Prof. St. mit der angeblichen Schonung durch Bettruhe auch nicht ernst gewesen sein.**

Bei dieser Gelegenheit hat mich Prof. St. noch ganz unvermittelt in der niederträchtigsten Weise verhöhnt, indem er mir zynisch sagte, **ich laufe wohl an zwei Stöcken, um das Mitleid der Menschen zu erregen. Er beweist damit auch,** daß er von meinem Zustand keine Ahnung hat. Es kann einem Kranken nach dem allen wohl kein Mensch zumuten, daß er sich einer solchen Anordnung, die nur als eine Maßregelung aufgefaßt werden kann, willig fügt. **Wir haben für die Freiheit gekämpft und viel gelitten,** und man darf uns nichts büßen lassen, wo wir nichts verschuldet haben. **Wir haben darum denselben Anspruch auf persönliche Freiheit wie jeder andere Mensch, wenn sie unserer Heilung nicht entgegensteht. Anordnungen, die sich nicht auf die Heilbehandlung beziehen,** können wir keinen Gehorsam entgegenbringen. Nur das ärztliche **Gewissen kann über uns entscheiden.**

Wir lassen uns von unseren Aerzten nicht als letzte Kriegsgefangene behandeln. Mitleid verlangen wir von Prof. St. so wenig wie von anderen Menschen; denn das Mitleid der Menschen **ist oft bitter für uns.** Aber wir lassen unsere Menschenrechte nicht **mit Füßen treten, am wenigsten von solchen behandelnden Aerzten.** Will Prof. St. die Menschen vom Anblick unserer Leiden auf der Straße befreien, dann mag er den Krüppeln sein Luxusauto zur Verfügung stellen. Unerhört ist sein Hohn gegen einen Verwundeten, der drei schwere Leidensjahre mit vielen Operationen im Lazarett zubringen mußte und nun für sein ganzes Leben einen schweren Schaden davonträgt. Weiß er nicht, daß die Lazarettkranken ihre Gesundheit für die Allgemeinheit geopfert haben? Kann er sich nicht vorstellen, was ein solcher Bett- und Hausarrest für einen Kranken bedeutet, der 1½ Jahre festgelegen hat, darunter fünf Monate im Nagelstreckverband? Wenn ihm die Benutzung von zwei Stöcken unverständlich ist, so mag er sich einmal erkundigen, wie einem solchen Menschen der kleinste Fortschritt im freien Gebrauch seiner Glieder erfreut und wie auch die Kameraden mit Interesse und Freude in dem Krankensaal daran teilnehmen. Dazu, Herr Professor, gehört freilich ein Herz, das Sie auch selbst einmal fühlend in den Krankensaal führt und den Kranken näherbringt. **Aerzten aber, die ihre Kranken beschimpfen und verhöhnen, fehlt das Vertrauen der Kranken.**

Mein Verhältnis zu all meinen früheren Aerzten und Pflegern war ausgezeichnet und beruhte auf gegenseitiger Achtung und Vertrauen. Ich fordere Prof. Dr. Stieda und Oberarzt Dr. Lange hiermit öffentlich auf, zu erklären, ob ich ihnen durch mein Verhalten irgendwie Anlaß zu ihrem Betragen gegeben hatte. Das ist bestimmt nicht der Fall. Die nichtswürdigen Schikanierungen dieser Aerzte richten sich also nicht gegen jemand, der ihnen Unrecht getan hatte, und solche Aerzte sind eine Gefahr für jeden Kranken, besonders für denjenigen, der sich weniger beherrschen und behelfen kann. Es handelt sich in diesem Falle auch nicht um einen Menschen, der im Uebereifer und Jugenddrang zu schwarz sieht und aufregende Taten vollbringen möchte, sondern es handelt sich hier um ein großes, allgemeines Interesse: um miterlebte, bittere Wahrheit, um die Not schwerleidender Kriegsopfer, wie um den Schutz derjenigen, die diese Not beseitigen möchten, vor Beschimpfung, Freiheitsentziehung und Versagung der Heilbehandlung und Militärversorgung, was auch die anderen Kranken seelisch in Mitleidenschaft zieht.

Auch die Kranken haben Anspruch auf die Beachtung ihres Ehrgefühls. Wenn es manchen Lazarettärzten an dieser Erkenntnis fehlt, dann muß man auch in dieser Beziehung noch von „schlimmen Lazarettzuständen" sprechen.
Th.

Nachsatz: Wir danken der „Volksstimme" für die Aufnahme unseres Artikels und für das uns dadurch gezeigte Interesse. Die „Halleschen Nachrichten" haben den Aufsatz ohne weiteres abgelehnt, die „Hallesche Allgemeine Zeitung" und die „Saale-Zeitung" aber haben ihn wegen Mangel an Raum nicht gebracht.

Die „Vereinigung Hallescher Lazarettinsassen".

Druckfehlerberichtigung: Im 1. Teil des vorstehenden Artikels muß es heißen: Dicht über diesem Ausguß hängen an bezeichneten Haken die Bürsten zum Reinigen des Klosetts, der Trinkbecher (Tassen), der Speinäpfe (für Lungenkranke) und der Uringläser dicht nebeneinander, so daß Kranke schon Verwechslungen der Bürsten durch Wärter beobachtet haben.

Provinz und Umgegend.

Unterbezirkskonferenz für Naumburg-Eckartsberga.

Die am Sonntag, vormittags 9 Uhr in Naumburg im „Preuß. Hof" stattgefundene Unterbezirkskonferenz beschäftigte sich mit den Fragen der Agitation und Organisation. Gen. Winkler erstattete zunächst Bericht über die in Halle stattgefundene Konferenz, in der Gen. Wels (Berlin) zugegen war und ging dann ausführlich auf die Arbeit ein, die der Unterbezirksvorstand in der nächsten Zeit beabsichtigt. Nach dem vom Bezirksvorstand versandten Zirkular besprach er die sich für uns ergebenden Maßnahmen.

Die sich anschließende Diskussion ergab völliges Uebereinstimmen mit der geplanten Arbeit.

Die angenommenen Vorschläge und Anträge werden dem Bezirksvorstand schriftlich unterbreitet.

Vom Bezirksvorstand war Gen. v. Schaewen (Halle) zugegen.

Die Ausführungen fast aller Diskussionsredner gipfelten darin, daß nur intensive Kleinarbeit, bei der keine Genossin und kein Genosse fehlen dürfe, dauernden Erfolg sichern könne.

In den nächsten Tagen gehen den einzelnen Ortsvereinen die Verzeichnisse der Ortschaften, die zu ihrem Agitationsgebiet gehören, zu.

Anwesende Vertreter des Ortsvereins Freyburg (U.) äußerten den Wunsch, daß das Unstruttal dem Unterbezirk Naumburg zugeteilt werden möchte, da die Verbindung nach Naumburg eine wesentlich bessere sei.

Auch dieser Vorschlag wurde dem Bezirksvorstand überwiesen.

Den nicht vertretenen Vereinen geht in den nächsten Tagen ein ausführliches Zirkular des Unterbezirksvorstandes zu. **Die Vorstände der Vereine werden gebeten, sich umgehend damit in einzuberufenden Mitgliederversammlungen zu beschäftigen** und von den dort gefaßten Beschlüssen und geäußerten Wünschen dem Unterbezirksvorstand Kenntnis zu geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210601-19/fragment/page=0006

Die Frühjahrsversammlung des Saale-Bezirkes im Stenographenbund Sachsen-Anhalt (System Stolze-Schrey)
fand am 28. und 29. Mai in Naumburg unter Teilnahme von über 200 auswärtigen Stenographen statt. An dem Wettschreiben, das die Abteilungen von 80 bis 260 Silben umfaßte, beteiligten sich über 100 Stenographen, von denen insgesamt 165 Wettschreibearbeiten und 84 Korrekturarbeiten abgegeben wurden. 104 Arbeiten wurden für preiswürdig befunden. In der öffentlichen Festsitzung in der Aula des Reform-Realgymnasiums, an der Landrat Freiherr v. Scheele, Bürgermeister Ruloff, Oberlandesgerichtsrat Cludius, Studienrat Holze und Studienassessor Rösser neben Vertretern befreundeter Korporationen teilnahmen, begrüßte Bürgermeister Ruloff die Vertreter namens der anwesenden Ehrengäste mit herzlichen Worten, indem er sein Interesse für die Bestrebungen der Kurzschrift aussprach und Unterstützung zusagte. Den Festvortrag hielt Herr Fritz Stark, Magdeburg über das Thema „Stenographische Aus- und Rückblicke", in dem er einen fesselnden Ueberblick über die Entwicklung der stenographischen Schrift bis in die heutige Zeit gab und die gegenwärtigen stenographisch-politischen Verhältnisse in sachlicher Form gab. Aus dem Geschäftsbericht des Bezirksvorstehers ging hervor, daß die 25 Vereine des Saalebezirkes 1912 Mitglieder zählen (1509 im Vorjahre) und 1654 Vereinsunterrichtete (722 im Vorjahre) außer den Schulen, zählen, und daß ein durchaus reges Vereinsleben herrschte. Der Erlaß des Kultusminsters Haenisch über den stenographischen Unterricht an den höheren Lehranstalten, der auf das System Stolze-Schrey besonders hinweist, hatte eine erhebliche Zunahme der Unterrichteten zur Folge.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Merseburg. Sitzung der Stadtverordneten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird nach Ausführungen des Stv.-Vorstehers Junker, der Eintritt zum Verein Landaufenthalt bedürftiger Kinder bejahend zugestimmt. Zu Punkt 1: Neuwahl der Schuldeputation, wird nachdem Genosse Krüger der Wahlkommission die Erklärung zugehen ließ, von einer Neuwahl seiner Person Abstand zu nehmen, vorgeschlagen und debattelos gewählt: Stv. Eichardt (Dn.), Stadtv.-Vorsteher Junker (Dem.), Stv. Wolf (USP.) und die in der Jugendpflege erfahrenen Personen, die Herren Eichstädt, Bröhne und Frau Thielsen. Für Schaffung eines Uebernachtungsheimes oberschlesischer Flüchtlinge werden 5000 Mark bewilligt. Weiter liegt folgender Magistratsantrag zur Beschlußfassung vor: Die Stadt verkauft an die Eisenbahndirektion Halle a. S. das an der Annenstraße gelegene Land, 3186 qm, zum Preise von 5 Mk. pro Quadratmeter unter der Bedingung, daß die Eisenbahndirektion die nach dem jemals geltenden Ortsstatut der Stadt Merseburg zu zahlenden Anliegerbeiträge bei der Erbauung der von ihr geplanten Häuser trägt. Das in 6 Jahren noch nicht mit Wohnhäusern bebaute Land zum gegenwärtigen Verkaufspreis an die Stadt zurückgibt und die Kosten der Entschädigung der Kleinpächter übernimmt, an welche die Stadt das Land zurzeit noch verpachtet hat. Stv. Daniel, jetzt USP. früher VKP., ersucht die Verhandlungsfrage der Entschädigung dem Magistrat zu überlassen. Der Zusatzantrag des Bürgermeisters Herzog, die Bauart der Häuser unterliegt dem Stadtbauamt Merseburg, wird angenommen. Für Teil 2, Ziff. 1, der Ausgabe der Polizeiverwaltung, werden nach Fürsprache des Stv. Wolf (USP.) 15 500 Mk. bewilligt. Endlich ist man jetzt in Merseburg dazu übergegangen einen Antrag auf Errichtung eines Freibades an der Saale anzunehmen. Die Kosten von 27 600 Mk. sollen den Sparkassenüberschüssen entnommen werden. Schön war es freilich nicht, aber der Allgemeinheit der breiten Masse der Bevölkerung gerecht, daß Stv. Frauenheim (Dem.) dem Bürgermeister Herzog (Dem.) den öffentlichen Vorwurf machte, daß man erst jetzt daran denkt ein Freibad bauen zu wollen, was man schon vor Jahren besprochen hat. Eine der schwierigsten Magistratsvorlagen war die Nacherhebung der Realsteuern für das Jahr 1920 um 200 Prozent. Hierzu liegt ein Schreiben des Haus- und Grundbes.-Vereins vor, welcher mit Entrüstung ersucht, die Vorlage abzulehnen, weil sonst die Hausbesitzer gezwungen werden, die Steuern prozentual auf die Mieten umzulegen (Wie immer! D. Red.) oder den Klageweg zu beschreiten. Die vom Berichterstatter, Stv. Teller (Dem.), zur Annahme empfohlen wird, dem sich auch Stv. Rupprecht (Dn.) anschließt, da ja sowieso die Hausbesitzer versuchen werden, die Steuer wieder abzuwälzen. Stv. Grün (Dem.) kann sich für die Steuer nicht erwärmen, da der Besitz schon zu hoch besteuert sei. Auch der Stv. Frauenheim (Dem.) stemmte sich gegen diese Steuer. Nachdem Stv. Teller noch einmal die Vorlage befürwortet, wird selbige ohne Stimme des Stv. Frauenheim angenommen. Zu Punkt 9: 45 600 Mk. für Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter, die von dem Magistrat in Uebereinstimmung mit der Deputation für die allgemeine Verwaltung neu beschlossenen Lohntarif für die städtischen Arbeiter mit rückwirkender Kraft beschlossen wurden, wird nach Begründung des Stv. Gen. Krüger zugestimmt. Demnach betragen jetzt die Löhne 6,15 bis 6,40 Mk. Die Tiefbauarbeiter bekommen pro Stunde 15 Pfg. mehr. Stv. Richter (VKPD.) kann es nicht verstehen, daß der Magen eines „Maurers" kleiner ist als der eines „Facharbeiters". Ja, wenn die Unkenntnis der Kommunisten im Stadtparlament so groß ist, daß man nicht weiß, wer zu den Facharbeitern gehört, ist es um die Interessen der Arbeiterschaft wirklich nicht gut bestellt. Aber Richters Fritz leistete sich noch mehr solcher Extrastückchen. Auf Beschluß des Magistrats vom 1. 4. 20 an, werden die bei der Stadt in planmäßigen Stellen angestellten geprüften Assistenten gemäß Gruppe 6 bezahlt und führen die Dienstbezeichnung Magistrats-Sekretär. Aus Gruppe 5 werden diejenigen Beamtenanwärter besoldet, die die erste Prüfung (Sekretärprüfung) bestanden haben, aber noch nicht in eine planmäßige Stelle der Gruppe 6 eingereiht sind. Diese führen die Dienstbezeichnung Magistrats-Assistent. Diese Beschlußfassung wird genehmigt. Für die Umbauten im Volksbad werden 4500 Mk. bewilligt. Die Preise für die Benutzung des Volksbades in der Volksschule II betragen ab 1. Juli d. J. a) für ein Wannenbad 3 Mk., b) Brausebad 1,50 Mk. Bedürftige Kriegsbeschädigte sollen auf Antrag eine 50proz. Ermäßigung gewährt werden. Von Seiten der Polizeibeamten liegt ein Schreiben vor mit dem Inhalt und Ersuchen, daß bei der Umstellung des Polizeiwesens dafür Sorge getragen werden soll, daß die Polizeiwachtmeister nicht gekündigt werden. Stv.-Vorst. Junker schlägt vor, dieses Schreiben dem Magistrat zu loyaler Behandlung zurückzugeben. Stv. Richter (VKPD.) erinnerte sich noch, daß man früher einmal mehr Polizei hernehmen wollte und kann es daher nicht verstehen, daß jetzt die Polizeibeamten gekündigt werden sollen. (Zuruf d. Gen. Krüger: „Ihr hattet ja gegen die Polizei gestimmt!" Zuruf des Kom. Schneider: „Und ihr habt euch gefreut!") Bürgermeister Herzog teilt mit, daß die Wachtmeister die Vergünstigung haben zur Sipo überzutreten. Es soll den Beamten aber, wenn irgend möglich, Gelegenheit gegeben werden, in Diensten der Stadt zu bleiben. Gen. Krüger führt Richter gegenüber mit Recht an, daß es eigentlich sonderbar ist, daß diejenigen, die früher gegen das Anstellen von Polizeibeamten gestimmt haben, heute an solch einer Strippe ziehen, und unterbreitet dem Magistrat die Bitte, soweit wie möglich die Kündigung nicht durchzuführen, damit sie nicht zur Sipo überzutreten brauchen. Stv. Mahlo (Dem.) ersucht noch um Auskunft über das Kinderfest. Bürgermeister Herzog teilt mit, daß dasselbe im August stattfindet. Die Lehrerschaft nahm eine ablehnende Haltung ein, die übrigens auch der Stv.-Vorsteher als Lehrer bekundete. Stv. Mahlo betont, daß ein Teil der Elternbeiräte dagegen war. Stv. Gen. Krüger ersucht ein Stück Tradition aufrecht zu erhalten. Nach Aussagen des 1. Bürgermeisters haben die Lehrer einen Standpunkt eingenommen, den wir nicht verstehen können. Wenn nun gesagt wird, die Kinder haben keine Kleider, so bleibt sich das gleich, das Gemüt eines Kindes, welches sich nicht neu einkleiden kann, freut sich beim Kinderfest genau so wie ein anderes. Aus diesem Grunde heraus sollte man schon ein größeres Verständnis für das Fest haben. Auf keinen Fall ist das Fest während der Ferien abzuhalten, aber auch nicht zu spät. Der Stv. Richter (VKPD.) verzapfte zum dritten Male großen Unsinn, indem er sagte, daß sich kein Elternbeiratsmitglied geweigert hätte dem Kinderfest zuzustimmen, was aber von sämtlichen Stadtverordneten widersprochen wird. Und jetzt lernt Richter die Disziplin seiner VKPD.-Fraktion kennen. Von dort ruft man ihm zu: „Mache doch keen Quatsch, das ist doch Blödsinn was du mochst!" Ja, ja, gegen Unverstand kämpfen nicht nur Götter vergebens, sondern auch die richtigen Sozialisten. Für die Veranstaltung des Kinderfestes werden 5000 Mark bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Weißenfels. Oeffentliche Versammlung. Am Freitag, den 27. Mai, sprach in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung Genosse Gerwien (Berlin) über das Thema „Rußland und wir", zweite oder dritte Internationale. Nachdem bereits in der „Volksstimme" das Referat ausführlich gebracht wurde, können wir uns ersparen, auf den Inhalt besonders noch einmal einzugehen. Das Referat fand auf Grund der Sachlichkeit und des guten Aufbaues sogar bei den anwesenden Gegnern einen reichen Beifall. Der Versammlungsleiter, Genosse Vietz, hielt es deshalb für notwendig, am Schlusse des Referates besonders darauf hinzuweisen und die Diskussionsredner zu ermahnen, be ihren Ausführungen sich streng an das Referat zu halten und ebenso sachlich zu bleiben. Es meldete sich der Kommunist Engel zum Wort und es war nicht uninteressant, aus dessen Mund zu hören, daß es den Kommunisten niemals eingefallen sei zu behaupten, daß sie in der Lage seien, falls sie ans Ruder kämen, nunmehr sofort eine kommunistische Gesellschaftsordnung aufzurichten. Aus diesen Gründen ergeben sich auch die Schwierigkeiten in Rußland. Neu war allerdings die Behauptung, daß die deutsche Bourgeoisie das Ultimatum der Entente unterschreiben wollte und deswegen mußten die Kommunisten die Unterwerfung ablehnen. Zum mitteldeutschen Putsch führte der Redner aus, daß dieser von der Regierung provoziert sei und die Kommunistische Partei sei darauf reingefallen. Ueber die Einigung der Arbeiterschaft kam er zu dem Urteil, daß diese bei den nächsten Aktionen von selbst kommen würde. Ein weiterer Diskussionsredner meldete sich nicht, und es war deshalb dem Referenten sehr leicht, in seinem Schlußwort die Ausführungen des Diskussionsredners zu entkräften. Ueber die Frage der Provozierung des mitteldeutschen Putsches hielt er dem Redner die Feststellung Levis entgegen. Die Ausführungen Engels über die russischen Verhältnisse rückte er in das richtige Licht, weil er ja als Kenner der russischen Verhältnisse früher in der Lage war, als Engel, darüber ein Urteil abzugeben. Mit dem Hinweis, daß ein Bericht über die Versammlung in der „Volksstimme" erscheinen werde und die „Volksstimme" bei Frau Bach, Leopold-Kell-Str. 22, abonniert werden kann, schloß nach einigen Dankesworten Genosse Vietz die sehr gut verlaufene Verkammlung. Wir können allen Lesern der „Volksstimme" nur empfehlen, die noch stattfindende Gerwien-Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Aus unserem Parteileben. Die am Mittwoch, den 25. Mai abgehaltene Parteiversammlung hörte einen Vortrag des Gen. Vogel-Halle über die heutige politische Lage an. Er behandelte hierbei den Vertrag von Versailles und dessen Folgen, den schwer auszuführenden Punkt desselben, die Entwaffnung der Orgesch und Selbstschutzorganisationen. Weiter legte er die Gründe dar, welche die Partei veranlaßte, wieder in die Regierung einzutreten und für das Ultimatum zu stimmen. Unter Mitteilungen gab der Vorsitzende ein Schreiben des Bezirksvorstandes der Arbeiterjugend bekannt, in welchem dem hiesigen Ortsverein der SPD. für die Gastfreundschaft und den guten Verlauf des Jugendtages gedankt wird. Hierbei muß bemerkt werden, daß die Beteiligung an den Veranstaltungen des Jugendtages seitens der hiesigen Genossen eine größere hätte sein müssen, ebenfalls ließ der Besuch der Maifeier zu wünschen übrig. In die Agitations- und Preßkommission wurden die Genossen A. Winkler, Seppelt, Ulrich, Zwanzig, Scheidt und Frau Schneider gewählt. Hierbei wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine bessere und geregeltere Berichterstattung stattfinden müsse, insbesondere über die Stadtverordnetensitzungen, zu welchen ein besonderer Berichterstatter gewählt wurde. Weiter wurde noch eine Wohlfahrtskommission gewählt, welche aus den Gen. Manthey, Räbel, Radestock und Frau Teichmann besteht. Zweck dieser Kommission ist, in Sachen der Quäkerspende helfend und beratend mitzuwirken. Am 3. Juni hält der Gen. Gerwien im Ratskeller in einer öffentlichen Versammlung einen überall beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema „Zweite oder Dritte Internationale und seine Erlebnisse in Rußland". Die Genossen müssen für lückenlosen Besuch sorgen. Es erfolgte noch eine Aussprache über das hiesige Notgeld, den Vertrieb und Gewinn daraus, sowie über die hiesige Jugendorganisation. Leider ließ der Versammlungsbesuch wieder zu wünschen übrig, haben auch viele Genossen ein Stück Feld zu bearbeiten oder Abendspaziergänge zu machen, so muß doch wenigstens ein Abend im Monat den Parteiinteressen zur Verfügung gestellt werden, wenn es in unserer Partei weiter vorwärtsgehen soll.

Naumburg a. S. Gerwien-Versammlung. Es wird ganz besonders auf die am Freitag, den 3. Juni, abends ½8 Uhr im „Ratskeller" stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen, in der Gen. Gerwien (Berlin) über das Thema: „Zweite oder dritte Internationale" sprechen wird. Alle Parteigenossinnen und -genossen müssen zur Stelle sein und für zahlreichen Besuch bis dahin Sorge tragen.

Sangerhausen—Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Eisleben. Gewerkentag der Gewerken der Mansfelder Gewerkschaft war in unseren Mauern am verflossenen Sonnabend. Die frisierten Berichte lassen nur vermutliche Schlußfolgerungen zu. Beispielsweise berichtet die hiesige bürgerliche Presse u. a. folgendes: Ueber den derzeitigen Geschäftsgang sowie über die eventl. Aussichten konnte seitens der Verwaltung nichts Erfreuliches mitgeteilt werden, da der Kupfer- und Silbermarkt unter den schlechten Weltmarktspreisen bezw. der scharfen Konkurrenz Amerikas sehr zu leiden habe. Mansfeld müsse sich, um seine Erzeugnisse unterzubringen, den verlustbringenden Einführungspreisen Amerikas anpassen. Deshalb habe sich die Verwaltung, um diesen Verlust einigermaßen auszugleichen, genötigt gesehen, den Tarifvertrag der Arbeiterschaft zu kündigen. Hiernach sollen die Spitzenlöhne um 6 Mark gekürzt werden. Eine freiwillige Einigung sei hierüber nicht zustandegekommen und deshalb soll unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums in aller Kürze die Angelegenheit durch ein Schiedsgericht erledigt werden. Nach einer anderen Lesart wollte sich die Mansfelder Gewerkschaft nicht an den Schiedsspruch halten. Wenn eigentümlicherweise der Bericht vom Gewerkentag darüber nichts verlauten läßt, so ist damit noch nicht auf einen Umschwung in der Stimmung der Leitung zu rechnen. Entweder ist man vorsichtiger geworden und hat das vorzeitig aufgedeckte Kartenspiel vielleicht als zu früh empfunden oder man rechnet auf eine günstige Wendung durch den Schiedsspruch. Ein drittes gibt es noch, das sich in gleich schwerer Weise für Mansfeld bemerkbar machen könnte. Die schweren Erschütterungen, die unsere Wirtschaft durchbeben, dürfen sich letzten Endes nicht immer auf die Schultern der Enterbten niederlegen. Die Seelenstimmung in Mansfeld ist durchaus keine himmelhochjauchzende, und ein in einer der nächsten Nummern erscheinender besonderer Artikel soll sich mit der Situation in Mansfeld besonders befassen.

Blankenheim. Versammlung der SPD. Gestern fand hier im Vereinslokal (Kreutzberg) die Monatsversammlung der Ortsgruppe der SPD. statt. Nachdem der Vorsitzende Gen. Armes die Niederschrift der letzten Versammlung vorgelesen hatte, wurde beschlossen, am 3. Juli ein Sommervergnügen zu veranstalten. Als Delegierte zur Unterkonferenz in Eisleben wurden Gen. Straube und Biedermann bestimmt. Unter Verschiedenes wurden vom Gen. Armes einige Ausführungen über Trennung von Kirche und Staat gemacht. Die Versammlung war gut besucht und anregend für alle Genossen.

Siersleben. Saatenstand. Nach den Regengüssen der letzten Tage stehen die Fluren der ganzen Umgebung in erfrischendem Grün. Ein Umblick auf der Höhe vor Siersleben gewährt eine schöne Fernsicht nach Süden und Südosten. Aus dem satten Grün der Natur heben sich die dunklen Denkmäler der arbeitenden Industrie, die Werke der Mansfelder Gewerkschaft ab. Wie ganz anders würde das Gefühl den Menschen beseelen, wenn erst das Ergebnis dieser Produktion zum allgemeinen Wohl der Gesamtheit gehört!

Sangerhausen. Die Arbeiterjugend trifft sich heute abend 8 Uhr in der Georgenbrauerei zur Gründungsversammlung einer Ortsgruppe der Arbeiter-Jugend-Bewegung. Genossen, unterstützt das Beginen unserer jungen Garde.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Falkenberg. Verschiedenes. Die Gewitterwolken, die sich in der Bärenhitze gebildet hatten, brachten endlich den langersehnten Regen. Unsere Kleinsiedler haben durch ihn einige Tage das Wasserschleppen erspart. — Wiesenverpachtung. In der vorigen Woche wurden kleinere Parzellen verpachtet, die rund achttausend Mark meistbietend gebracht haben. Wann werden endlich diese Wähler merken, daß sie nun die größten Steuerzahler der Gemeinde sind. Hier wird den Leuten as Geld mit Leichtigkeit abgenommen; wie anders viel billiger würden die Parzellen gekommen sein, wenn die schlafmützigen Wähler am Wahltage ihre Pflicht erfüllt hätten.

Bockwitz. Straffere Organisation unserer Bewegung. Hier fand am Sonntag ein engerer Zusammenschluß der Parteivereine des Ländchens statt. Vertreten waren die Ortsvereine Bockwitz, Kleinleipisch, Naundorf, Grünewalde, es fehlte Mückenberg. Gen. Dietrich (Falkenberg) sprach über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Ortsvereine des Ländchens. Um eine bessere Agitation im ganzen Bezirke durchführen zu können, muß der Zusammenschluß erfolgen. Anschließend hieran gab Gen. Dietrich einen Bericht über die politische Lage und die Aufgaben unserer Partei. In der regen Aussprache, die sich daran anschloß, an der sich die Genossen Lösche (Naundorf), Dietrich (Kleinleipisch), Hensel (Grünewalde), Winter (Bockwitz), Zschieschang (Lauchhammer), Ulrich (Bockwitz), Rothe und Kürbis (Naundorf) wiederholt beteiligten, wurde einmütig betont, wie notwendig der Zusammenschluß wäre. Das Gebiet des Ländchens wäre ein einheitliches Industriegebiet. Die Aufgabe in der Partei in jeder Gemeinde die gleichen. Nur durch den Zusammenschluß können die Erfolge in letzter Zeit behauptet und weiter ausgebaut werden. Mit dem Wiedereintritt der Genossen in die Regierung erklärte man sich einverstanden, und verlangte, daß auch in Preußen eine Umbildung bald geschehe. Der Sitz des Distrikts des Ländchens ist Bockwitz. In den Vorstand wurden als Vorsitzende die Genossen Schiller und Lösche, als Schriftführer der Gen. Thiemann gewählt. In der Aussprache wurde noch gefordert, daß sich jeder Genosse offen zur Partei zu bekennen hätte, einerlei, ob es im Betrieb, in den Gewerkschaften oder in politischen Versammlungen sei. Nur dann, wenn die Genossen bei allen Gelegenheiten ihre Parteiangehörigkeit betonen, und die Terroristen, die jetzt schon recht kleinlaut geworden sind, zurückweisend abschütteln, werden wir weiterwachsen. Der Distrikt „Ländchen" umfaßt die Orte Bockwitz, Lauchhammer, Naundorf, Dolsthaida, Kleinleipisch, Mückenberg, Grünewalde und Gorden.

Großkmehlen. Stiftungsfest. Das Stiftungsfest unseres Arbeiterradfahrerbundes nahm am Sonntag einen herrlichen Verlauf. Kunstfahren, Preisschießen und Preiskegeln unterhielten die Genossen. Die Tanzlustigen kamen auch auf ihre Rechnung. Die Festrede wurde vom Genossen Dietrich (Falkenberg) gehalten und mit Beifall aufgenommen. Genosse Dietrich hatte in seiner Rede auch auf die Notwendigkeit der poltitischen Betätigung hingewiesen. Der Erfolg war, daß eine Reihe Arbeiter sich in die Partei aufnehmen ließen. Eine Zahlstelle wurde errichtet, Volksstimmen bestellt. Alle Bestellungen und Anmeldungen sind zu richten an Hermann Köhler, Großkmehlen, Nr. 25.

Aus aller Welt.

Eine Höllenmaschine im Geburtstagspaket.

Ein fürchterlicher Anschlag ist auf ein junges Mädchen in Seegefeld verübt, aber zum Glück infolge eines Zufalles und eines unbedeutenden Materialfehlers wirkungslos geblieben.

In Seegefeld wohnt ein Ministerialbeamter Hoschke mit seiner Frau, einem Sohn und einer 16 Jahre alten Tochter Hildegard. Diese beging am 23. d. M. ihren Geburtstag. Am nächsten Tage erhielt sie mit der Post ein Paket, das am 24. nachmittags aufgegeben war. Als der Postbote kam, war der Vater noch im Dienst, der Bruder auch nicht zu Hause und das Mädchen mit der Mutter und dem Dienstmädchen allein anwesend. Die Mutter nahm das Paket in Empfang, löste die Verschnürung und hob den Deckel hoch. Als sie jetzt ein Surren vernahm, wurde sie mißtrauisch, drückte den Deckel wieder nieder und trug das unheimliche Paket nach dem Garten hinaus. Dort sahen sich die Tochter und das Dienstmädchen es nach einer Weile ebenfalls an. Die Tochter hob den Deckel wieder hoch, und abermals begann das Surren. Sie sah jetzt in das Paket hinein und erblickte eine Feder. Unwillkürlich ergriff sie ein Holzstück und steckte es in die Feder hinein, um dem Surren ein Ende zu machen, weil sie es auf die Wirksamkeit dieser Feder zurückführte. Das Surren hörte denn jetzt auch auf. Das Paket blieb ohne Veränderung im Garten stehen, bis der Sohn nach Hause kam. Dieser zerschnitt, um allem Unheil vorzubeugen, die Drähte einer elektrischen Leitung, die er in dem Paket fand. Die Untersuchung des vermeintlichen Geburtstagsangebindes ergab, daß es sich in Wirklichkeit um eine Höllenmaschine handelte, die dem Geburtstagskinde das Leben gekostet hätte, wenn nicht ein kleiner Materialfehler den Plan des Absenders vereitelt hätte. Die Ortspolizei benachrichtete die Berliner Kriminalpolizei. Kommissar

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210601-19/fragment/page=0007

Werneburg fuhr mit Beamten und Sachverständigen hinaus, um das Nähere festzustellen und die Ermittelungen nach dem Absender einzuleiten.

Die Ermittelungen führten bereits zu wichtigen Feststellungen. Dem Beamten der Paketannahme fiel bereits ein Klappern in der Sendung auf. Der Aufgeber beschwichtigte seine Bedenken mit der Erklärung, es könne ruhig klappern, das schadet dem Inhalt nichts. Der Bestellbeamte bemerkte nichts an dem Paket. Was den Absender der Höllenmaschine zu dem Anschlag bewogen haben kann, ist noch ganz ungewiß. An einem Anhalt dafür, daß sein teuflischer Plan unmittelbar dem jungen Mädchen selbst gegolten habe, fehlt es ganz. Für die Aufklärung des Verbrechens haben der Polizeipräsident von Berlin 3000 Mk., der Regierungspräsident von Potsdam 3000 Mk. Belohnung ausgesetzt. Angaben zur Aufklärung des Anschlages und zur Ermittelung des Täters, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, sind an Kriminalkommissar Werneburg im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 433 und 601 zu richten.

Wernigerode. Gefaßte Waffendiebe. An etwa zehn Einbrüchen beteiligt gewesen sind zwei junge Burschen, die hier dingfest gemacht werden konnten. Es handelt sich um den 18jährigen Schlosserlehrling Friedrich Helmecke und seinen 20jährigen Bruder. Beide hatten zuerst einen Einbruch in die Waffenhandlung von Reinhardt verübt und zahlreiche Waffen gestohlen, die sie bei anderen Diebstählen mit sich führten. Als Kugeln verwendeten sie Dumdumgeschosse, die sie selbst herstellten. Durch die Mithilfe einer Zigeunerbande, die man zunächst als Diebe in Verdacht hatte, gelang es, die Einbrecher festzunehmen, als sie den Zigeunern die gestohlenen Gewehre zum Kauf anboten.

Halberstadt. Wegen einer großen Getreideschiebung im Oberharz (festgestellt wurde die Verschiebung von mindestens 100 Zentnern Weizen) erhielten der Landwirt Albert Abel aus Langenstein und die Besitzer Willi und Ernst Sachse aus Blankenburg je eine Woche Gefängnis und müssen außerdem je 10 000 Mark Geldbuße zahlen.

Danzig. Großer Bankraub. In einem Danziger Bankhaus drangen Einbrecher in den Kassenraum und raubten aus dem Geldschrank einen Betrag von 600 000 Mark, darunter vier Millionen polnische Mark. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Unter dem dringenden Verdacht, den Mord an der Wittwe Emilie Mill und deren Tochter, der Lehrerin Jenny Mill, in einem Abteil 2. Klasse des Zuges Marienwerder—Marienburg verübt zu haben, wurde in Königsberg der polnische landwirtschaftliche Unternehmer Schipplit verhaftet.

Washington. Schweres Flugzeugunglück. Im Sturm stürzte in Virginien ein Militärflugzeug mit sieben Insassen ab. Alle sind tot.

Gewerkschaftliches.

Tagung des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands.

Der dritte Verbandstag des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands wurde am Donnerstag, den 26. Mai vom Vorsitzenden **Winkler** (Steglitz) in Habels Brauerei eröffnet.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden **Rusch** (Hamburg), **Siering** (Düsseldorf), **Schäfer** (Hessen) und **Fickel** (Dresden) gewählt. Insgesamt waren etwa 105 000 Mitglieder durch 176 Delegierte vertreten.

Für die Forderungen des Verbandes war ein Programm aufgestellt, das vom Generalsekretär Dr. **Franke** erläutert wurde. Er hob hervor, daß auch die Polizei ihre wichtige Aufgabe nur lösen könne, wenn ihr die volle Auswirkung der Koalitionsfreiheit gewährleistet werde. Der Zusammenschluß auf gewerkschaftlicher Grundlage sei bedingt. Die Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaft komme auch dem Staate zugute. Da diese darauf gerichtet sei, die Beamten zu gesteigerter wirtschaftlicher Kraft und wachsendem Wohlstande heraufzuheben. Als Grundforderungen bezeichnete Redner: die vollziehende Gewalt auf die Reichsregierung zu übertragen; Verstaatlichung der gesamten Polizei in allen Gliedstaaten; dienstlicher Aufbau der Polizei so, daß sie in den Ländern einer Zentralgewalt untersteht und die Beamten freibleiben von parteipolitischen und kommunalpolitischen Einflüssen; Anstellung im Polizeidienst nach einer Bewährungsfrist auf Lebenszeit mit Berechtigung auf Ruhegehalt; ausreichende Besoldung, so daß die wirtschaftliche Stellung nicht gefährdet und die Zukunft auch der Hinterbliebenen sichergestellt ist.

Von der **Gesetzgebung** verlangt der Verband: Sicherung der Grundrechte für die Polizeibeamten; einheitliche Regelung der Gehaltsverhältnisse; Schaffung eines Beamtenrätegesetzes; Neuordnung des Disziplinarrechts; ausreichende Fürsorge für alte, kranke oder invalide Beamte sowie ihre Hinterbliebenen; Aufhebung aller Gesetze und Verordnungen, die eine Aufwärtsbewegung der Beamten hemmen; Polizeischulen; Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten; Vereinheitlichung des Polizeiwesens; einheitliche Uniformierung und Bewaffnung; einheitliche Amtsbezeichnung der Dienstgrade.

Leitender Grundsatz des Reichsverbandes soll sein, daß das **Arbeitsverhältnis zum Staate ein Treueverhältnis** ist. Die Inanspruchnahme des **Streikrechts** sei mit der unbedingt zu fordernden eisernen Disziplin eines Polizeikörpers nicht in Einklang zu bringen.

Ueber die Forderungen der Schutzpolizei referierten hierauf Leutnant **Finnefroh** und Generalsekretär Dr. **Franke**. Ihre Ausführungen klangen dahin aus, daß diesen auf 12 Jahre angestellten Beamten auch die Zukunft sichergestellt und die Möglichkeit zum Uebertritt in andere Zweige der Polizeiorganisationen gegeben werden müsse, so in die Verwaltungs-, Kriminal-, Gemeindepolizei oder Landjägerei. Die Stellen in der Verwaltungspolizei sollten als gehobene angesehen werden. Die Kriminalpolizei müsse eine erhöhte Einstaffelung in die Besoldungsordnung erfahren und die Landjägerei mit der Verwaltungspolizei gleichgestellt werden.

In seinem Referat über „Das Polizeischulwesen“ begründete Polizeischulrat Gundlach (Hamburg) in eingehender Weise die Forderung, gute Schulen zur Ausbildung der Polizeibeamten zu schaffen. Hierbei verwies er auf Hamburg, wo man mit der Schulung wertvolle Erfolge erreicht habe. Es müßten drei verschiedene Anstalten, nämlich Polizeischulen, Seminare und Akademien errichtet werden, um für alle Grade der Beamtenschaft die nötige Ausbildung zu erreichen und junge Kräfte heranzubilden. Es möge eine Kommission gewählt werden, welche die Sache in die Hand zu nehmen habe. In diese Kommission wurden **Gundlach** (Hamburg), **Bäcker** (Berlin) und **Hanisch** (Dresden) gewählt.

Hierauf referierte Verbandssekretär **Hanisch** (Dresden) über „Das Beamtenrätegesetz“. Der Redner betonte, daß auch die Beamtenschaft für sich das Recht in Anspruch nehmen müsse, was ihr auf Grund der Verfassung gewährleistet worden sei. In dieser sei ausdrücklich ein Beamtenrätegesetz in Aussicht gestellt worden. Für die Beamten liege die Sache mit dem Rätegesetz aber etwas anders, denn für die Beamten sei der Staat Arbeitgeber, was auf die festzulegenden Rechte und Pflichten nicht ohne Einfluß sein dürfte. Vom Reich liege ein Entwurf vor, nachdem den Beamtenräten gutachtliche Aeußerungen, Anregungen und Mitwirkungen zustehen sollen. Diese Bestimmungen seien aber sehr dehnbar. Weiter gehe ein Entwurf des Deutschen Beamtenbundes, der den Beamten ein Mitbestimmungsrecht zusichern wolle. Der Reichsentwurf lehne Schlichtungsausschüsse ab, der Entwurf des Beamtenbundes verlange diese. Den Forderungen des letzteren könne man zustimmen.

Danach erstattete der Generalsekretär Dr. **Franke** den Jahresbericht, dem sich eine stundenlange Aussprache anschloß, in der es sich namentlich um eine Verschmelzung der Landesverbände mit dem Reichsverbande handelte. Alle Reden waren auf den Zusammenschluß zu einer großen Einheitsfront gestimmt. Ein Vorschlag, zur Durchführung der Vereinigung eine Kommission zu wählen, fand den Beifall der Versammlung. Die Kommission wird von den Landesverbänden gewählt.

Der Haushaltsplan wird mit einigen Aenderungen angenommen.

Polizeischulrat Gundlach gab sodann den Plan bekannt, der von der gewählten Schulkommission vorläufig aufgestellt worden ist. Der Plan soll den Organisationen noch vorgelegt werden.

Am dritten Verhandlungstag kam es zu einer imposanten Kundgebung für die in Beuthen von polnischen Banden überfallenen Polizeibeamten Böhm und Görlitz (Böhm ist bekanntlich getötet, Görlitz schwer verwundet worden). Nachdem der Vorsitzende, Polizeihauptmann Rusch den Opfern des polnischen Terrors in markigen Worten die Sympathie der deutschen Kollegenschaft ausgesprochen hatte, erhoben sich die Anwesenden zur Ehrung der treuen Beamten einmütig von ihren Plätzen.

In den geschäftsführenden Vorstand des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands wurden gewählt als 1. Vorsitzender Polizei-Inspektor Bäcker (Berlin-Friedrichshagen); 2. Vorsitzender Polizei-Oberwachtmeister Winkler (Berlin); 3. Vorsitzender Oberwachtmeister Küttner (Dresden-N.); 1. Schatzmeister Polizei-Oberleutnant Voß (Berlin-Wilmersdorf); 2. Schatzmeister Verbandssekretär Frick (Stuttgart); 1. Schriftführer Polizei-Oberwachtmeister Asmuß (Berlin); 2. Schriftführer Kriminalwachtmeister Bick-Gräfrath (Solingen). Beisitzer wurden: Polizeihauptmann Rusch (Hamburg); Polizeioberst von Klüfer (Neuruppin); Verbandssekretär Schrader (Berlin); Polizeiinspektor Gräf (Heidelberg); Unterwachtmeister Köhler (Dresden); Polizei-Betriebsassistent Schottenhammel (Aachen). — Geschäftsführer wurde Dr. Francke (Berlin).

Vermischtes.

Ein Wunderknabe.

Die Berliner werden sich noch eines merkwürdigen älteren Mannes erinnern, der vor einer Reihe von Jahren auf den Varietébühnen als Künstler ohne Arme auftrat und durch die erstaunlich vielseitige Gebrauchsfähigkeit seiner Füße alle Zuschauer zur Bewunderung hinriß. Gerhart Hauptmann hat ihm in seinem Roman „Atlantis“ ein ehrendes Andenken gesetzt.

Nun macht ein Mitarbeiter der „Tit-Bits“ Mitteilung von einem vierzehnjährigen Londoner Knaben, namens Tom Clark, der ohne Hände geboren wurde und doch, wie die beigegebenen Reproduktionen von Bildern beweisen, ein hervorragendes malerisches Talent besitzt. Der Knabe versuchte schon im Alter von fünf Jahren einen Bleistift in den Arm zu zwängen, und es gelang ihm, alles, was auf ihn einen besonders tiefen Eindruck machte, treffend nachzuzeichnen. Als er später in die Schule kam, vermochte er alle Schreibarbeiten zu machen und hervorragend gut zu zeichnen. Bei einem Wettbewerb um die schönste Zeichnung, den seine Schule veranstaltete, erhielt Tom Clark schon im Alter von zehn Jahren den ersten Preis. Die Jury wurde keineswegs von Mitleid bewogen, denn die Namen der Bewerber waren ihr zunächst unbekannt. Einen zweiten Preis, der wesentlich wertvoller und bedeutungsvoller war als der zuerst ihm zuerkannte, erhielt Tom für ein Bildnis seiner Schwester von dem London County Council zuerkannt.

Tom Clark ist nicht nur ein großer Künstler, sondern auch ein hervorragender Sportsmann. Er spielt vorzüglich Fußball, schwimmt gut, und seine Leistungen als Läufer sind in besonderem Maße anerkannt worden.

Japanische Fürsorge für deutsche Kinder.

Aus Tokio wird folgende kleine Geschichte gemeldet, die bezeichnen für den japanischen Volkscharakter und die beim japanischen Volke Deutschland gegenüber herrschende Stimmung ist: Vor einigen Tagen erschien auf der deutschen Botschaft ein japanischer Bauer, der nach Tokio gekommen war, um sich die Stadt anzusehen. Er hatte in der Zeitung von der Not der deutschen Kinder gelesen und überbrachte den Betrag von zehn Yen mit der Bitte, ihn nach Deutschland zu überweisen. Der Botschafter empfing den Mann und sprach ihm im Namen der notleidenden deutschen Kinder seinen Dank aus. Hierauf übergab der Bauer noch siebzig Yen mit dem Bemerken, er habe damit sein Mittagessen bezahlen wollen, aber wenn er an die Not der deutschen Kinder denke, könne er auch mal einen Tag ohne Mittagessen auskommen! Der Mann hofft in seiner Heimatprovinz Geld sammeln zu können.

Briefkasten der Redaktion.

A. A. Nietleben. Unseres Erachtens ist das Anrechnen eines höheren Preises für die Kilowattstunde durch den Hauswirt dann unberechtigt, wenn er für den ganzen, durch den gemeinsamen Zähler angezeigten und verbrauchten Strom einen einheitlichen, niedrigen Satz bezahlt. Muß er jedoch an das Elektrizitätswerk für den Strom, der von dem Mieter voraussichtlich verbraucht wird, einen höheren Preis entrichten, können Sie sich nicht weigern diesen zu bezahlen. Fragen Sie bei dem betreffenden Elektrizitätswerk an.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Sangerhausen. **Heute, Mittwoch,** abend 8 Uhr, in der Georgenbrauerei, Gründung einer Gruppe der Arbeiter-Jugend. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Arbeiter-Jugend Merseburg. Zwecks Besichtigung der Kohlengrube Groß-Kayna sammelt sich die Arbeiter-Jugend-Ortsgruppe Merseburg um 1/4 8 Uhr am Herzog Christian. Alle Genossen aus der Ortsgruppe des Unterbezirks und der Ortsgruppe Halle sind herzlichst eingeladen. Auch ältere Parteigenossen sind willkommen.

Der Vorstand.

Voraussichtliches Wetter.

Am Donnerstag, 2. 6.: Heiter, trocken, sehr warm.

Am Freitag, 3. 6.: Sehr warm, schwül, zunehmend bewölkt, starke Gewitterregen.

Der diesjährige

Kirschenanhang der Gemeinde Helfta

an den Straßen Reckendorf-Bischofrode, Helfta-Wolferode und Helfta-Unterrißdorf soll am **Sonnabend, den 4. Juni ds. Jrs. nachmittags 5 Uhr im König'schen Gasthofe zu Helfta** öffentlich, zu den im Termine bekanntgegebenen Bedingungen versteigert werden. Die Bedingungen können auch vorher im Schulzenamte eingesehen werden.

Helfta, den 30 Mai 1921.

Bornschein.

Lederklappen

von gebr. Sätteln sowie andere **Lederabfälle** in großen Mengen verkauft preiswert

Sternlicht, Alter Markt 11, Telef. 1388.

Zurück
Dr. Schleiff
Arzt für Haut-, Harn-, Sexualleiden
Leipziger Strasse 93.

Für Wiederverkäufer!

Lederpantoffeln

(sächsisches Fabrikat)

liefert aus bestem Material in durchgenäht und holzgenagelt, mit und ohne Futter, sowie gepolstert zu billigsten Preisen.
Ständiges Lager in Lederhaus- und Spangenschuhen, Plüschpantoffeln und Dachdeckerschuhen.

Leder-Pantoffel-Versandhaus

Steinweg 24 **HALLE a. S.** Steinweg 24.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Stellen finden

Tüchtige

Maurer

gesucht.

Hermann Meise,
Merseburger Str. 102 a.

Zu verkaufen

Billiger Verkauf
von Kleiderstoffen
Hackebornstraße 4 II.

Makulatur
zu verkaufen
Verlag Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Kaufgesuche

Goldbruch
Silberbruch
Alte Münzen
kauft zu höchsten Preisen
P. Kochanowski,
Uhrmacher und Goldarbeiter
Neue Promenade 1
(Saale-Zeitung).

Vermischtes

Lehrmeister-Bücherei!

Nutzbringende Hühnerzucht
von Paul Hohmann.
Handbuch der Bienenzucht
von J. Weigert.
Nutzbringende Kaninchenzucht
von J. Schneider.
Pferdezucht und Pferdehaltung.
von Dr. A. Carl.
Preis pro Nr. 1.20 Mk.
In großer Auswahl in der
Buchhandlung der Volksstimme
zu haben.

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
Stark radiumhalt. Solquelle, echt Schmiedeberger Moor- und alle medizinischen Bäder.

Radfahrer!

Heute neu eingetroffen zu billigsten Preisen Ia. Qualität:

Fahrrad-Mäntel
45,— 50,— 55,—
Gebirgs-Reifen
prima 70,—, extra prima 75,—
Schläuche
prima 17,— 20,—
extra prima 25,—
Schlauchreifen, Drahtreifen in allen Größen am Lager.

Decken Sie Ihren Bedarf im
Spezialgeschäft
H. Bieder,
nur Gr. Steinstr. 35.
Versand nach außerhalb per Nachnahme.

A. Henckel
Schürzen
Merseburg,
Oelgrube 29.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210601-19/fragment/page=0008